

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1914

33 (9.2.1914)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementpreis: Zugestellt monatl. 75 ¢, vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 85 ¢; am Postschalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 7 1/2 Uhr. Postfachkonto Nr. 2650. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 ¢. Lokalinserate billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 Uhr vorm. für größere Inserate am Nachmittage abvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gess & Cie., Karlsruhe.

Der Drudensfuß.

Mit einer gewaltigen Mehrheit, bestehend aus Sozialdemokraten, Zentrum, Polen und dem größten Teil der fortschrittlichen Volkspartei, hat der Reichstag am Freitag beschlossen, den Herrn Reichskanzler um die Vorlegung eines Gesetzentwurfs zu ersuchen, durch den der Sprachenparagraf und der Jugendliehenparagraf des Reichsvereinsgesetzes beseitigt wird. Der schöne Beschluß kam allerdings zwei Posttage zu spät. Denn schon am Mittwoch hatte — nicht der Herr Reichskanzler und auch nicht der Staatssekretär Dr. Delbrück, aber der Direktor im Reichsamt des Innern, Remald, erklärt, die Reichsleitung, die preussische Staatsregierung und die verbündeten Regierungen dächten gar nicht daran, eine Novelle zum Reichsvereinsgesetz von 1908 einzubringen. Sie mögen beschließen, was sie wollen — dies war der langen Rede kurzer Sinn — es bleibt ja doch alles beim alten!

Der Reichstag hat das Gesetz gemacht. Er hat sich inzwischen davon überzeugt, daß es schlecht ist, und will es ändern. Zu den Parteien, die diese Änderung verlangen, gehört auch eine, die vor sechs Jahren das Gesetz mitbeschlossen hat, die aber mittlerweile durch die illoyale Handhabung des Gesetzes in verschiedenen Einzelstaaten eines besseren belehrt worden ist. Die Mehrheit von 1908 ist im Jahre 1914 zu einer Minderheit geworden, erstens schon durch den Willen der Wähler, die inzwischen gesprochen haben, überdies aber durch die reinige Umkehr eines Teils der damaligen Blockmehrheit. Gätten die Fortschrittler damals schon gestimmt, wie sie diesmal — mit Ausnahme des Herrn v. Bayer — gestimmt haben, das Gesetz wäre nie zustande gekommen. Dennoch weigert sich die Regierung, die Fehler von 1908 zu korrigieren, und dem Reichstag geht es genau so wie Weppisto, der in Budelsgestalt den Drudensfuß an Faustens Schwelle nichts ahnend übersprang: „Der Teufel merkte nichts, als er hereingesprungen. Die Sache sieht jetzt anders aus; der Teufel kann nicht aus dem Haus.“

In dem unerhöchlichen Kapitel „Mißachtung der deutschen Volksvertretung durch die preussische Reichsregierung“ ist mit diesem Vorgang ein neuer beschämender Beitrag geliefert. Zugleich ist dem Reichstag eine Lektion erteilt, die er nicht so leicht vergessen sollte. Der Reichstag kann reaktionäre Bestimmungen beschließen, sei es in vollem Bewußtsein seiner Handlungsweise, sei es unbewußt, weil er sich über ihre Gefährlichkeit durch die scheinbare Harmlosigkeit ihrer Fassung täuschen läßt. Der Bundesrat wird solche Beschlüsse stets mit Freundschaft bestätigen. Merkt aber der Reichstag später, welches Unheil er angerichtet hat, so kann er sich auf den Kopf stellen, es wird ihm doch nicht gelingen, den Schaden zu reparieren. Rächt er sich von positivem Arbeitsdrang durchdrungen dazu verleiten, „Schönheitsfehler“ mit in Kauf zu nehmen, so wäscht nachher kein Wasser die Flecken wieder ab. Es gibt kein Zurück. „Das erste steht uns frei, beim zweiten sind wir knecht.“

Wie hat vor sechs Jahren Herr Raumann mit seinen Freunden das Reichsvereinsgesetz verteidigt. Ja, es wäre manches Bedenklische darin, aber des Guten wegen, das es enthalte, müßte man doch das Bedenklische schlucken. Und es wurde geschluckt. Nur wenigen Freisinnigen, unter ihnen Rothhoff und der verstorbene Dohrn, stimmten damals gegen das Sprachenverbot, gegen den Jugendliehenparagrafen. Der beste Mann der Partei, Barth, schied voll Ingrimm und Verachtung von seinen langjährigen Kampfgenossen. Man ließ ihn ziehen. In zahlreichen eindringlichen Reden entwickelten die Sozialdemokraten überzeugende Gründe gegen die neuen Zwangsbestimmungen, alles, was inzwischen eingetreten ist, sagten sie in den Reden voraus. Es half nichts. Jetzt ist das Malheur fertig und wenn der Freisinn zehnmal jähreit: „Das haben wir nicht gewollt!“ Es hilft doch nichts!

Die Sozialdemokratie könnte sich, soweit es sich um die Wahrnehmung ihrer Parteinteressen handelt, bei diesem Ergebnis leicht beruhigen. Mit Recht hat der Zentrumsabgeordnete Marx in der Debatte gesagt, es gäbe für die Sozialdemokratie gar kein besseres Agitationsmittel als die Handhabung des Reichsvereinsgesetzes durch die Polizeibehörden u. die klassische Rechtsprechung der Gerichte, wobei ein Urteil das andere aufhebt. Im Kampf gegen die konserverbative Mißwirtschaft in der Verwaltung ist das Tatsachenmaterial, was da geliefert wird, von unschätzbbarer Bedeutung. Aber auch im Kampf gegen die höchst unzuverlässige Fortschrittsgarde des bürgerlichen Freisinn sind diese Tatsachen äußerst wertvoll. Die Freisinnigen sind mitverantwortlich für alle sinnlosen Schikanen der Polizei, und sie können sich von dieser Verantwortung nicht befreien durch nachträgliche höchst platonische Abänderungsbeschlüsse, für die sie nie einmal volle Einstimmigkeit in ihrer Partei aufbringen können. Auch die Nationalliberalen haben durch geschlossene Ablehnung der eingebrachten Resolutionen ihren angeblichen Liberalismus wieder einmal in glänzendem Lichte gezeigt.

Der Sozialdemokratie kann es aber nicht genügen, immer neuen Agitationsstoff anzuhäufen. Sie will das Reich herausführen aus dem Elend seiner verfassungswidrigen

Zustände. Sie will, daß der Volkswille und die Beschlüsse der Volksvertretung nicht mehr von den Herrschenden mit souveräner Verachtung beiseite geschoben werden. Und darum ist die Frage am Platze, wie lange noch der Reichstag Resolutionen beschließen will und wieder Resolutionen, und nochmals Resolutionen, ohne sich darum zu kümmern, was aus diesen Resolutionen wird. Man kann sich ja des Eindrucks nicht erwehren, daß die Abstimmung über diese Entschlüsse ohne Entschlußkraft nachgerade zur Farce wird — zumal wenn, wie im vorliegenden Falle, die Regierung schon im vornherein durch irgend eine nachgeordnete Stelle erklärt hat, sie denke gar nicht daran, dem Beschluß des Reichstags nachzukommen. Vielleicht wäre es in solchem Falle besser, die Debatte fuzerhand abzubrechen, von einer fruchtlosen Abstimmung abzuweichen und sofort zur Erörterung der allgemeinen Frage überzugehen, wie sich der Reichstag gegen eine derartige Behandlungsweise in wirksamer Art zur Wehr setzen kann.

Die Resolutionen des Reichstags unterscheiden sich beinahe nur noch dem Namen nach von den Petitionen, den Witschriften. Die jeder einzelne Staatsbürger nach Belieben einreichen kann. Das Volk will aber keinen Reichstag, der bei den hohen Regierungen untertänige Bittgesandten einreicht, deren Schicksal ihm im voraus bekannt ist und deren Ablehnung er mit Ergebung hinnimmt. Das Volk will einen Reichstag, der seinen Willen durchsetzt. Diesmal hat sich gezeigt, daß der Reichstag nicht einmal imstande ist, Beschlüsse, die er vor wenigen Jahren gefaßt hat, zu revidieren, obgleich er sie als verfehlt erkennt.

Reichtzergiz hat er den Drudensfuß überprüngen. Rekt. da er aus der Falle wieder heraus will, wird ihm höchst erwidert:

Du bist doch selbst ins Eern gegangen, Den Teufel hatte, wer ihn hält! Er wird ihn nicht losen zum zweitenmale fangen.

Die neuen Monarchen.

In alten Zeiten waren es die Könige, die durch das Bestreben, ihre Hausmacht zu stärken und ihren Länderbesitz zu vermehren, die Ruhe der Welt störten. Heute ist die Monarchie aus zahlreichen Ländern verschwunden, in anderen ist sie aufs Allerteile gesetzt, im besten Fall ist sie durch die vordringende Demokratie in eine innere Abwehrstellung gedrängt und findet dabei kaum Zeit, an Eroberungspläne zu denken.

An die Stelle der Könige von Geburt sind die Könige des Geldsacks als Unruhstifter getreten. Ihre Agenten wirken in allen Ländern gleich den Diplomaten der alten Schule mit List und Intrigue, mit rollenden Rubeln und Louisdoren, mit Bestechung und Verleitung zum Verrat. An den Kruppffandal, der in der ganzen Welt Staub aufwirbelte, reihte sich — wenig bemerkt — der Ehrhardtsfandal, die kriegsgerichtliche Verurteilung des in Ehrhardts Diensten stehenden Kapitän a. D. v. d. Goltz wegen Verleitung eines aktiven Kameraden zur Auslieferung militärischer Geheimnisse. Zu gleicher Zeit ward das ferne Japan in leidenschaftliche Bewegung gebracht durch den Berliner Erpresserprozeß Richter, in dem die Bestechung hoher japanischer Beamter durch die Firma Siemens-Schudert festgestellt wurde. Kurz zuvor hatte eine neue Mannesmann-Affäre Spanien in Aufregung versetzt, da hatte die Firma Mannesmann dem Königreich Spanien von Macht zu Macht seine Vermittlung zwischen der spanischen Regierung und den aufständischen Stämmen Nord-Marokkos angeboten und dabei Vorschläge gemacht, die gerademwegs auf die Gründung eines Königreichs Mannesmann in Nord-Marokko hinausliefen. Dann kam die tragikomische Antilov-Affäre, die von Frankreich über Deutschland nach Rußland hinüberspielte und die damit endete, daß der Russe durch die Erobung mit dem Deutschen dem Franzosen eine Fünfhundertmillionenleihe abpreßte. Das Allerneuere auf diesem Gebiete aber ist ein zweiter Fünfhundertmillionenkrieg zwischen Krupp und Schneider-Creuzot, dessen Schauplatz zur Abwechslung nicht Rußland sondern die Türkei ist.

Das „Echo de Paris“ droht der Türkei mit der Sperre des Credits, weil sie bei Krupp für fünfzig Millionen Kriegsmaterial bestellt hat. Das französische Blatt spricht von einer Herausforderung Frankreichs und erblickt in neuen türkischen Rüstungen eine Bedrohung des Weltfriedens. Der „Berliner Lokalanzeiger“ ist wahrscheinlich im Recht, wenn er meint, die Gefahr für den Weltfrieden werde vom „Echo“ nur dann entbedt, wenn die Kanonen statt in Frankreich in Deutschland bestellt werden. Wenn er aber das „Echo de Paris“ das bevorzugte Organ der französischen Firma Schneider-Creuzot nennt, und darauf hinweist, wie die Schieberereien der französischen Presse tatsächlich doch nur Privatinteressen verfolgten, so ertauft man über solche Mißbeurteilung. Alle Welt weiß, daß die deutsche Firma Krupp erst kürzlich schwere Millionen darangewendet hat, um sich im Scherl-Verlag festzusetzen; alle Welt weiß auch, daß der „Lokalanzeiger“ wie die meisten bürgerlichen Blätter nicht von Privatinteressen, sondern von „wichtigen nationalen Interessen“ zu sprechen pflegen, wenn die Geschäfte von Krupp oder einer

anderen deutschen Großfirma in Frage stehen. Es gibt in Deutschland zweifellos mehr Zeitungen, die Krupp offiziös sind als solche, die Bethmann offiziös wären, und mancher Redakteur wird eher ein paar kräftige Bemerkungen über das Haus Hohenzollern riskieren, als daß er sich, sei es auch mit bescheidenem Bedenken, an das Haus Krupp heranwagt.

Das überströmende Machtgefühl des Hauses Krupp ist auch kürzlich wieder in einer Kaisergeburtstagsrede des Herrn Krupp von Bohlen und Halbach zum Ausdruck gekommen, deren interessanter Text erst einige Tage später in der Presse veröffentlicht wurde. Wie die anderen Großen der Welt, die sich vom Umsturz bedroht fühlen, hat auch der Prinzregent des Essener Erzhauses gegen die Sozialdemokratie polemisiert, „die Partei, deren Gegnerschaft uns stets ehrenvoll sein wird.“ Dann feierte Berta Krupps Gatte die Firma als ein „Vollwerk der individualistischen Wirtschaftsordnung“ und schloß mit der Versicherung:

Was meiner Frau und mir durch die bestehende Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zu eigen ist, das betrachten wir als ein anvertrautes Gut, das unter dem Gesichtspunkt des Gemeinwohls zu verwalten unsere höchste Ehrenpflicht ist. Mein Ehrgeiz geht dahin, daß wir... das uns anvertraute Werk in seiner Größe und Stellung im deutschen Wirtschaftsleben, soweit menschliche Kräfte reichen, erhalten, aber auch — eines ist nicht ohne das andere möglich — in voller Freiheit und unbedingter Unabhängigkeit.

Die absoluten Monarchen nannten sich die ersten Diener des Staates, was sie freilich nicht hinderte, rücksichtslose Despoten zu sein. Und auch sie verteidigten und verteidigten, wo sie es können, auch jetzt noch ihre „Freiheit und Unabhängigkeit“, der nicht „unter sozialdemokratischen Zwang“ gestellt werden dürfe. In der Kommandogewalt darf nicht gerüttelt werden; Wie in Berlin, so ist in Essen. Wie in Essen, so ist in Berlin.

Nur daß die neuen Monarchen, wie schon gesagt, durch ihren Eroberungsdrang gefährlicher sind als die alten. Diese neuen Monarchen sind überall zu Hause, auch in den Republiken, sie haben in allen Weltteilen ihre geschäftlichen Finger, ihren Zutreffen zu dienen ist „nationale“ Pflicht, ist „patriotische“ Pflicht. Sie entfallen internationale Presseheken und stellen die Diplomaten ihrer Vaterländer in ihren Dienst. Der Zeitungskrieg zwischen den beiden Kanonenkönigen Schneider und Krupp bietet ein neues Beispiel dafür, eines von vielen.

Mißtrauische Leute könnten freilich auf den Gedanken kommen, daß der ganze Lärm verabredet sei. Erst streitet man sich, wer die fünfzig Millionen für die türkischen Kanonen bekommt, dadurch verschärft man den deutsch-französischen Gegensatz und schafft Stimmung für Neubewaffnungen. Zum Schluß bestellt Frankreich für ein paar Hundert Millionen neue Geschütze bei Schneider, und Deutschland macht es bei Krupp ebenso.

Es mag sein, daß die Kabinetspolitik der neuen Monarchen zu solchen Künsten noch nicht geübt ist, aber treibt man es auch nicht bewußt, so bleibt die Wirkung doch dieselbe. Das Endergebnis ist stets, daß immer mehr Geld Kulturzwecken entzogen und zur Schaffung von Zerstörungsmitteln verwendet wird. Alle Völker der Erde leuchten unter dem Druck dieser Despotie, die erst ein Ende finden kann durch den radikalen Umsturz des neuen Monarchentums von Geldsacks Gnaden und die Stabilisierung der Volksherrschaft über die Volkswirtschaft. Demokratie in der Wirtschaft aber ist Sozialismus!

Deutsche Politik.

Die Arbeitslosenversicherung im württembergischen Landtag.

Im württembergischen Landtag kam am Freitag endlich die sozialdemokratische Interpellation zur Verhandlung: „welche Maßnahmen die Regierung zur Milderung der Not der Arbeitslosen zu treffen gedenkt?“ Das Zentrum interpelliert in demselben Sinne. — Gen. Dr. Lindemann entwarf auf Grund sorgfältiger Erhebungen ein Bild von dem Tiefstand der wirtschaftlichen Konjunktur, der mit voller Wucht auf die Arbeiterklasse im allgemeinen, besonders aber auf den Arbeitslosen lastet. Allein in der Metallindustrie Stuttgarts ist wöchentlich ein Ausfall von 82 000 Mark an Arbeitslohn zu verzeichnen. Sehr wirksam kritisierte unser Redner die Regierung, weil sie dem bereits zweimal gefaßten Kammerbeschlusse nicht nachgekommen ist, der sich für die Gewährung von Staatsbeiträgen zu kommunalen Arbeitslosenversicherungen ausspricht. In der Tatsache, daß Reich, Staat und Gemeinden seit Jahren untätig sind und jeder dieser Faktoren die Zuständigkeit dem anderen zuzuschreiben sucht, empfinden die Arbeiter kein ästhetisches Vergnügen, sondern sie erblicken darin nur den bitteren Hohn und den schlechten Willen der verantwortlichen Instanzen. Zum mindesten solle die württembergische Regierung das bayerische Beispiel nachahmen.

Der Zentrumsabgeordnete André schlug gleichfalls einen energischen Ton an und gab der Regierung das

Sprichwort zu bedenken: Wenn der Magen knurrt, ist nicht gut beten. — Die Antwort des Ministers des Innern v. Fleischauer lief auf die vollständige Negation hinaus. Der Minister redete ein langes und breites über den Stand des Wirtschaftslebens, um unter Verufung auf Gutachten aller nur denkbaren Unternehmervertretungen zu beweisen, daß die Arbeitslosigkeit keinen ungewöhnlichen Umfang aufweise. Und doch mußte er zugeben, daß die Zahl der Gäste der Wanderarbeitsstätten sich enorm vermehrt hat; aber er hat 99 Gründe an der Hand, um ein Eingreifen der Regierung abzulehnen. In den Gemeinden mit kommunaler Arbeitslosenversicherung habe man erst noch Erfahrungen zu sammeln; das Genter System habe viele Mängel; der Staat dürfe nicht Kampforganisationen, wie die Gewerkschaften, stärken, von einer staatlichen Unterstützung würden die freien Gewerkschaften den Löwenanteil bekommen. Eine Zwangsversicherung sei nur auf reichsgesetzlichem Wege möglich. Der württembergischen Industrie dürfe man nicht einseitige weitere Lasten aufbürden. Alle Unternehmerorganisationen seien gegen ein Eingreifen des Staates auf diesem Gebiete. Württemberg sei mit den Wanderarbeitsstätten bahnbrechend vorangegangen; jetzt möge Bayern eine Probe mit der Arbeitslosenversicherung machen. Der Minister beschwor schließlich den Landtag, die Regierung nicht zu drängen, daß sie jetzt schon etwas tun solle, den sie für jetzt noch keine praktischen Vorschläge machen.

Die Krise.

Die süddeutschen Baumwollindustriellen beschlossen, seinerzeit eine Produktionseinschränkung in der Richtung vorzunehmen, daß bis zum 1. April nur an fünf Tagen in der Woche gearbeitet wird. Am Mittwoch hat nun wieder eine Versammlung der süddeutschen Baumwollindustriellen in München getagt, an der Vertreter von 33 Rohwebereien teilnahmen, die insgesamt 31 000 Webstühle haben. Es wurde beschlossen, die Produktionseinschränkung auch im zweiten Quartal 1914 fortzusetzen zu lassen, falls sich weitere Rohwebereien in dem Umfange anschließen, daß eine Gesamtbeteiligung von 40 000 Webstühlen erreicht wird. Da jetzt schon Betriebe mit 31 000 Webstühlen für die Produktionseinschränkung sich ausgesprochen, wird es nicht schwer halten, den Rest noch zu erlangen. — Die Textilarbeiter können sich also auf ein weiteres Hungerjahr gefaßt machen.

„Eine reaktionäre Affenkomödie!“

Bekanntlich ist vor einiger Zeit der verantwortliche Redakteur des „Vorwärts“ zu vier Wochen Gefängnis verurteilt worden, weil er durch den Artikel: „Eine reaktionäre Affenkomödie“ das preussische Abgeordnetenhaus beleidigt haben sollte. Im Urteil war dem Abgeordnetenhaus auch die Publikationsbefugnis zugesprochen worden. Die Geschäftsordnungskommission beschäftigte sich am Freitag mit der Frage, ob das neugewählte Abgeordnetenhaus auf der Veröffentlichung des Urteils bestehen soll, da es sich auf die Beleidigung des verstorbenen Abgeordnetenhauses bezieht. Natürlich beschloß die Kommission, daß die Veröffentlichung des Urteils im „Vorwärts“ zu erfolgen habe. Nur die Vertreter der Polen und der Fortschrittler stimmten dagegen. Der Fortschrittler erklärte, schon deswegen dagegen zu stimmen, weil seine Partei seinerzeit gegen die Einleitung des Strafverfahrens war.

Die verborgenen Goldlager.

Altenhalben wirkt der Wehrbeitrag wie ein Hauberstab, mit dessen Hilfe bis dahin verborgene Schätze entdeckt werden. Von Frankfurt a. M. hörten wir schon, daß das Vermögen dort um 300 Millionen größer sei, als man nach den bisherigen Einschätzungen zur Vermögenssteuer anzunehmen berechtigt war. Jetzt haben die Deputierten der Berliner Steuerberatungskommission

auf Grund einer oberflächlichen Berechnung festgestellt, daß mindestens 4 Millionen Mark an Steuern mehr eingehen werden, als sich nach der vorjährigen Veranlagung zur Staats- und Einkommensteuer erwarten ließ. Für die Finanzen der Stadt Berlin ist dieses Ergebnis von beträchtlicher Bedeutung. Auch in Magdeburg hat es sich ergeben, daß eine ganz erhebliche Anzahl größerer und mittlerer Vermögen bisher der Steuerpflicht entzogen worden war und wie die „Magdeburgerische Zeitung“ erzählt, hat es sich dabei zum großen Teil um Steuerermogeleien recht krasser Art gehandelt. Ueber die Höhe der Mehreinkünfte in Magdeburg läßt sich, da die Veranlagungsbehörde noch mitten in der Arbeit steht, noch nichts sicheres sagen, günstigenfalls aber kann die Stadt auf die geplante Erhöhung der Gemeindeeinkommensteuern um 10% verzichten.

Am Ende also wird sich herausstellen, daß Deutschland viel reicher ist, als bisher angenommen wurde. Allerdings kommt dieses Mehr ausschließlich auf die Rechnung der Wohlhabenden, da die Arbeiterklasse auch beim besten oder vielmehr beim schlechtesten Willen nicht in der Lage gewesen wäre, den Steuerfiskus zu betriegen.

Die Braunschweiger Polizei gegen die Straßendemonstrationen.

In dem amtlichen „Braunschweiger Anzeiger“ erläßt der Polizeipräsident von Braunschweig eine Bekanntmachung, in welcher die Bevölkerung aufgefordert wird, Straßenumzügen und Demonstrationen fernzubleiben. Insbesondere werden Personen, die aus Neugierde an solchen Vorfällen teilnehmen, darauf hingewiesen, daß sie alle Folgen mitzutragen hätten. Der Polizeipräsident betont dann weiter, daß künftig gegen Straßendemonstranten mit aller Schärfe vorgegangen wird und daß, falls die Polizei der Demonstranten nicht Herr werden sollte, das Militär mit äußerster Strenge eingreifen wird.

Straßenfahnen gegen die Kölner Polizisten.

Sämtliche im Kölner Polizeiprozess vernommene Kriminalbeamte haben Vorladungen vor die Staatsanwaltschaft erhalten, um dort verantwortlich vernommen zu werden. Sie sind angeschuldigt, sich der passiven Bestechung dadurch schuldig gemacht zu haben, daß sie Geldgeschenke angenommen haben.

Der Jesuitenpater Cohausz darf sprechen.

Von der Polizeidirektion in Osnabrück war kürzlich ein Vortrag des Jesuitenpaters Cohausz verboten worden. Nach einer Meldung aus Osnabrück wurde dieses Verbot vom Regierungspräsidenten aufgehoben.

Die gefälschten Futtermittel.

Einen „offenen Brief“ an den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Gutsbecker Hofer-Kleinlauken veröffentlicht der Geschäftsführer des Bundes der Landwirte für die Provinz Ostpreußen, Haupt, in der konservativen „Ostpreussischen Zeitung“. Danach soll Genosse Hofer in der Landtagsitzung vom 21. Januar gefagt haben, die Verkaufsstelle des Bundes der Landwirte in Johannisburg habe nach Zeitungsmeldungen den Bauern gefälschte Futtermittel verkauft. Diese Behauptung sei erfunden. Es gebe in Johannisburg keine Verkaufsstelle des Bundes der Landwirte; es seien niemals von einer Verkaufsstelle des Bundes der Landwirte gefälschte Futtermittel verkauft worden und die betreffende Behauptung sei auch nicht durch die Presse gegangen. Formal ist das vielleicht zutreffend, aber die Bauern sind doch betrogen worden und zwar von der Masurischen Landwirtschaftlichen Betriebsgenossenschaft, die den Agrarern und damit auch dem Bund der Landwirte durchaus nicht fernsteht dürfte. Die Genossenschaft hatte hier mit Sand durchsetzte Leinkuchenmehle verkauft und auf ihrem Spei-

cher waren Haferstrot in Gerstenstrot eingemischt und als vollwertig verkauft worden. Als das die Aufsichtsorgane der Genossenschaft für unwahr erklärten, beschuldigte Wirtschuldirektor Kreschowsky den Direktor der Genossenschaft Midley der unreellen Handlungsweise, und als es nun zu einer Beleidigungsklage kam, jagten vor Gericht drei Speichelarbeiter der Genossenschaft unter ihrem Eid aus, Direktor Midley hätte sie beauftragt, Reiskleie, Hirsekleie, Gerstenkleie in Roggen- und Weizenkleie bzw. Getreidestrot einzumengen und dieses Gemenge wäre als Gerstenstrot an die Kunden abgegeben. Weiter sagte ein Zeuge, Direktor Midley hätte befohlen, schweres weisses Mehl in Kleie zu mengen. Nach diesen Aussagen stellte das Schöffengericht fest, daß der Wahrheitsbeweis für das behauptete unreelle Geschäftsgebahren erbracht sei.

Prinzen als Offiziere.

Der jüngste Sohn des Kaisers, Prinz Joachim von Preußen, ist vor einigen Tagen als Leutnant bei einem Husarenregiment in Kasel eingetreten und hat gleich darauf einen Urlaub von sechs Wochen zum Zwecke der Erholung angetreten. Zwei Söhne des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen „dienen“ bei den Husaren in Karlsruhe, wo sie sich gelegentlich einmal einige Tage aufhalten. Als der Kronprinz Regimentskommandeur in Langfuhr wurde, erhielt das Regiment sofort einen überzähligen Stabsoffizier, der den Kronprinzen bei dessen häufiger Abwesenheit zu vertreten hatte. Für den Dienstbetrieb eines Regiments sind diese prinzipialen Offiziere kein Vorteil und es wäre besser, die Prinzen à la suite bei den verschiedenen Truppenteilen zu führen. Sie könnten auch auf diese Weise allmählich zu Generalen befördert werden. Herr von Bethmann Hollweg ist ja auch General geworden. Im Ernstfalle wird natürlich kein Mensch daran denken, ihm auch nur eine Kompanie anzubetrachten, da er noch keine drei Mann über einen Rinnstein führen kann.

Rundgebung katholischer Arbeiter.

Wie die „Kölnische Volkszeitung“ mitteilt, fand am 4. Februar in Düsseldorf eine Konferenz katholischer Arbeiterführer statt, die sich mit der unausgesetzten Beunruhigung beschäftigte, denen seit nunmehr vierzehn Jahren die christliche Arbeiterbewegung Deutschland ausgeht. Es wurde beschlossen, demnächst eine große Rundgebung für Westdeutschland zu veranstalten, die zu diesen Vorgängen Stellung nehmen soll. Demnach scheint der Koppische Brief an Oppersdorff den katholischen Gewerkschaftsführern denn doch mehr in die Glieder gefahren zu sein, als sie öffentlich zugeben wollen. Kurz und bündig schrieb man, daß die christlichen Gewerkschaften der Brief Kopp gar nichts angehe und jetzt hält man Konferenzen ab und beschließt, zu einer großen Rundgebung auszuholen.

Die Regierung für die Christen?

Der römische Korrespondent des nationalliberalen „Deutschen Kurier“ vernimmt aus einer angeblich untrüglichen Quelle, daß für den „Rückzug“ des Kardinals Kopp nicht sowohl die Stellungnahme des Papstes als vielmehr die Haltung der preussischen Regierung bestimmend gewesen sei, die die römische Kurie habe wissen lassen, daß ein Machtwort gegenüber Kopp gerade in diesem Augenblicke höchst opportun wäre.

Die Kurie selbst hatte geäußert, und der heilige Vater möchte sich zu einem solchen Schritte um so weniger verstehen, als Kopp seinen Brief an Graf Oppersdorff nicht ohne Wissen und nicht ohne Zutun einiger sehr maßgeblicher Kreise geschrieben hatte, die sich des ungeteilten Vertrauens beim Papste erfreuen. Es hat gewisser Professionen von Seiten der Berliner Regierung bedurft, ehe die Kurie in den sauren Apfel biß und den Breslauer Bischof wissen ließ, daß „Bestätigung und Nachgiebigkeit“ am Platze wären. Der „Deutsche Kurier“ hat sich in den letzten Wochen

Vom Terrorismus und der Disziplin.

(Schluß.)

Wie es dem Gesellen erging, der aus der beschimpften Stadt kam, zeigt das Schicksal des Johann Ludwig Wilkens, der 1792 in Braunschweig ausgemerzt hatte und nun schleunigst auf Wanderschaft ging. In einem Zuge marschierte er bis nach dem damals polnischen Thorn und fand als angehöriger Berliner Geselle dort Unterschlupf und Liebe bei einer Meisterstochter. Aber bald hatte die Gesellschaft Berlin angefragt, was es mit diesem Gesellen auf sich habe, der feinerlei Papiere vortreiben könne, und nun mußte Wilkens seinen Lehrtat eingestehen. Schleunigst zwangen ihn die durch den Betrug noch mehr erbitterten Gesellen, Thorn wieder zu verlassen und sich in Berlin noch einmal zum Gesellen machen zu lassen. Aber auch dort konnte Wilkens keinen schriftlichen Ausweis über seine zweite (kurze) Lehrzeit und Erklärung zum ordentlichen Gesellen erlangen, weil die Altmeister des Berliner Gewerks aus Furcht vor der Regierung ihm keinen zweiten Lehrbrief auszustellen wagten. Deshalb jagte ihn die Warschauer Gesellschaft aus ihrer Mitte, und in Thorn drohte ihm das gleiche Schicksal. Die Ratsherren von Thorn wagten nicht, Wilkens als Meister anzuerkennen, ehe er nicht Frieden mit den Gesellen geschlossen. Ganz verzweifelt wandte sich Wilkens mit der Bitte um Hilfe an das Braunschweiger Gewerk, und die braunschweigische Regierung gab sein Promemoria mit einem gebührenden Anschreiben an die preussische Regierung weiter; ob denn wirklich „der Unfug die in dasigen königlichen Landen so hart verbotenen Mißbräuche der Handwerksgefallen“ in Berlin die obrigkeitliche Billigung fände?

In Preußen war man natürlich wütend, daß Preußen der Vorwurf gemacht werden könne, mit nicht genügender Strenge den Annahmungen der unteren Volksstufen entgegengetreten zu sein. Sofort ging, nach dem inzwischen angetretenen Thorn eine höchst ungnädige Kabinettsorder, die Mißbräucher zur Verantwortung zu ziehen. Nun häuften sich dicke Aktenbündel, Finanzministerium, Kriegsministerium, Kurmärkische Kammer, Westpreussische Kammer, Magistrat von Berlin und Thorn hatten genug Verdruß und Schreiber. Auch wandte man sich mit einer diplomatischen Beschwerde nach Warschau, daß man als

den Sitz des schlimmsten gewerkschaftlichen Uebels anfab. Aber der preussische Gesandte bei der polnischen Republik mußte erwidern:

Ob nun gleich der E. v. Marschall allen Ernst angewandt hat, dem ganzen Mißbrauch allhier ein Ende zu machen, dannenhero der hiesigen Bruderschaft allen beleidigenden Briefwechsel auf das schärfste verboten; so trägt er doch bedenken hierin noch weiter zu gehen und die unbedingte Annahme der Braunschweiger Gesellen zu gebieten, weil er deutlich sieht, daß ein solcher Nachspruch nicht nur die Stell- und Mademacher, sondern auch überhaupt alle und jede Handwerksarten in unruhige Bewegung setzen und einen allgemeinen Stillesand der Profession hier selbst leicht nach sich ziehen könnte, wie solcher Vorfal vor einigen Jahren hier wirklich existiert hat, wobei in dieser republikanischen Verfassung kein gehöriger Nachdruck zu dessen Steuer nicht vorhanden ist.

So wie er nun zwar dafür gesorgt hat und weiter sorgen wird, daß von hier aus keine Anzettlungen auf fremde Länder nicht geschehen sollen; so erwartet er auch daß vorzüglich im Deutschen Reich mit gänzlicher Aufhebung solcher Handwerks Vorurtheile der Anfang gemacht, und ihm dadurch der Weg der Nachahmung hieselbst gebahnt werde.

Uebrigens konnte der in Rede stehende Vorwurf derer Stellmacher Gesellen wohl am gründlichsten und schnellsten weggeräumt werden, wenn schon die Braunschweiger-Meister, da doch immer auf ihrer Seite sich viele angemachte Härte zu ergeben scheinen, sich zu irgend einer Art öffentlicher Erklärung zu Gunsten derer Gesellen und einiger mäßigen Schadloshaltung verstehen wollen, welches alles ich aber Ew. Königl. Majestät weisesten Erlassen geborsamt submittiere.

Der ich im tiefsten Respekt beeharte

Warschau den 5. März 1794.

Euer Königl. Majestät

allerunterthänigster

v. Buchholz

So qualten sich noch ein paar Jahre Braunschweig, Hannover, Preußen, Polen und Rußland mit den 15 Mademachergefallen ab und konnten mit ihnen nicht fertig werden. Im August 1795 fiel es endlich den Braunschweigern Mademachermeistern ein, daß sie die Kosten des ganzen Kampfes trügen. Sie suchten Friedensverhandlungen

nach und kauften sich schließlich mit einer großen Geldsumme frei, nachdem die Gesellen auf öffentlichen Wäldern und feierlichen Empfang einer Gesellendeputation verzichtet hatten. Immerhin hatten die 15 armseligen Mademachergefallen über das ganze Unternehmertum und alle Regierungen und Fürstlichkeiten einen glänzenden Sieg davongetragen.

Das war eine Zeit, in der, wie das Schicksal des Wilkens beweist die Gesellen in geschlossenem Zusammenhalt wirklich noch Terrorismus übten. Die heutige Generation aber kann daran erkennen, welch gewaltige Macht selbst wenige Arbeiter auszuüben vermögen, wenn sie nur treu zusammenstehen. Darum ist diese ganze Geschichte eine treffliche Mahnung zu feststem Zusammenhalten der Arbeiter, deren Lehre von jedermann gezogen werden sollte. Der Holzarbeiterverband hat mit diesem Schriftchen sich eine eigenartige und geistreiche Agitationsbroschüre verschafft. Wie der Bund der technisch-industriellen Beamten schon immer großen Wert auf neuartige Darstellungen der grundlegenden Gewerkschaftsideen gelegt hat, so hat jetzt der Holzarbeiterverband neue literarische Werbemethoden angewandt und damit zweifellos ein Muster auch für die anderen Gewerkschaften geschaffen.

Freilich liegt dieser kleinen Schrift im Grunde genommen nur ein Scherz zugrunde; denn die heutige Arbeiterklasse sieht sich Gegnern von einer ganz anderen Macht gegenüber als die Gesellen Anno 1790. Dafür legt eine andere Schrift des Holzarbeiterverbandes, die gleichzeitig herausgegeben ist, Zeugnis ab. Der Werktrick 1913. Perich ist an die Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes, herausgegeben vom Verbandsvorstand, 72 Seiten Oktav. Berlin 1913. Preis 1 Mark, für Verbandsmitgliedern 10 Pf.

Die Geschichte des Werktricks und seines Beschlages inselbe der hydrokalkischen Quertreibereien gewissenloser Elemente ist in diesem Buch mit überzeugender Klarheit dargestellt. Heute können nicht mehr 15 Gesellen auf eigene Faust einen großen Kampf eröffnen und siegreich durchführen, heute bedarf es zum Wirtschaftskampfe festerer Disziplin und klügster Gewerkschaftstaktik. Aber weitestens der Gedanke der Arbeiterkollektivität und ihrer siegreichen Kraft ist über den Wechsel der Kampfmethoden hinaus wahr und beherzigend geblieben.

(E. S. in der Chemnitz „Volksstimme“.)

der christlichen Gewerkschaften sehr warm angenommen und so läßt es sich verstehen, daß er dem Rückzug, den der Kardinal gegenüber der Person des Bischofs von Baderborn angetreten hat, eine große politische Bedeutung beimißt. Auf der andern Seite muß auch sein römischer Korrespondent zugeben, daß die Haltung Kopps in der Sache durchaus den Ansichten und Absichten der Kurie entspricht. „Man soll ja nicht glauben“, so schreibt er, „daß der heilige Stuhl nunmehr gegenüber den Anhängern der römischen Richtung nachgiebiger geworden ist.“ Das aber ist und bleibt die Hauptsache.

Die guten Preußen warnen den Großherzog von Baden.

Die Rede, die der badische Minister Frhr. v. Bodman im Landtag über den Großblod und über die Politik und Agitationsweise des Zentrums gehalten hat, mißfällt den preußischen Reaktionen aufs höchste und die „Kreuzzeitung“ läßt an ihr in einem Leitartikel eine sehr abfällige Kritik. Sie behauptet, daß Herr v. Bodman dem Lande eine spezifisch liberale Politik erhalten wolle und weist darauf hin, wie bedenklich es sei, wenn einem Minister sogar durch den Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion gewisse Sympathien entgegengebracht würden:

„Man fragt sich erstaunt: Warum diese Ostentation des Ministers für den Liberalismus? Ist es die Chamade des Politikers aus der Sinterfront, der sich einen effektvollen Ausgang sichern will, oder die Konjaren des Erregers, der sich bald auf dem ersten Platze wähnt? Denn es gilt als sicher, daß Herr v. Bodman nach Schluß des Landtags seinen Abschied nimmt; die Art und Weise aber, wie Herr v. Bodman sich zum eigentlichen Leiter der badischen Politik aufwirft, muß auch die Vorzüglichsten nachdenklich machen.“

Dem Großherzog von Baden soll also klar gemacht werden, daß er sich wohl davor zu hüten habe, den bei den Konserwativen unbeliebten Staatsmann etwa zum Nachfolger des Herrn v. Dusch zu ernennen. Und die „Kreuzzeitung“ rechnet bei diesem Bestreben sicher auf die Unterstützung jener einflussreichen Persönlichkeiten, die den Minister v. Bodman schon damals, als er die Sozialdemokratie „eine großartige Bewegung zur Erhebung des vierten Standes“ genannt hatte, mit der Saufeder abstechen wollten.

Ausland.

Schweiz.

100 Angeklagte aus dem Züricher Generalkreis. Jetzt endlich, nach 19 Monaten, hat die Züricher Behörde die Voruntersuchung gegen die Generalkreisler vom 12. Juli 1912 abgeschlossen. Daß es so lange gedauert hat, liegt daran, daß die Staatsanwälte wieder einmal das Goetzentwort aus dem Faust verpönten: „Es ist so schwer, den falschen Weg zu meiden.“ Sie hatten nämlich zuerst vor, dem Wunsch der Reaktionen gemäß die Teilnehmer am Generalkreis wegen „Aufruhrs“ (1) hinter Schloß und Riegel zu bringen. Wo ging man denn daran, 14 Monate lang gegen circa 600 Teilnehmer (von 21000) Material zum Aufruhrprozeß zu sammeln. Aber der freisinnige Berg gebar nur ein Mäuslein: Die Staatsanwaltschaft mußte bald den auftraggebenden Unternehmern betrübt mitteilen, daß es mit „Aufruhr“ nichts sei, wolle man nicht das Recht gewaltsam übers Anie brechen. So blieb denn nichts anderes übrig, als von den 600 sofort 600 außer Verfolgung zu setzen. Der Rest von etwa 100 Angeklagten soll sich nun in nächster Zeit vor dem Bezirksgericht verantworten, wo dann der Blamage zweiter Teil beginnt. — Schlimm kann es aber mit den Sündern nicht werden, denn — die großen Frühjahrsarbeiten stehen vor der Tür und da darf man das Volk nicht unnötig aufregen; Klugheit und Politik erfordern das. . .

Badische Politik.

Herr v. Bodman

hat sich mit seiner Rede vom letzten Montag gründlich in die Reisseln gesetzt. Von allen Seiten hagelt es Vorwürfe auf ihn herab. Die Zentrumspresse schweigte zunächst im Gefühl der Genugtuung über die Abgabe des Ministers an den Großblod. Mittlerweile ist ihr aber zum Bewußtsein gekommen, daß die Charakterisierung des Zentrums als Gefahr für die freiheitliche Entwicklung seitens des Herrn v. Bodman auch keine Schmeichelei war. Verschiedene Zentrumsorgane sind geradezu entsetzt über das Urteil des Herrn v. Bodman gegenüber einer so „staatserkhaltenden“ Partei, wie das Zentrum eine ist.

Die nationalliberale Presse treibt wie immer in solchen Situationen Vogelstraupolitik. Ueber das „Bekenntnis“ des Ministers, daß er ein liberaler Mann“ sei, ist sie derartig enttäuscht, daß sie darüber alles andere vergißt. Das „staatsstrenge Bürgertum“ hat nunmehr wieder die beruhigende Gewißheit, daß die liberale Gefahr für Freiheit und Selbstständigkeit des modernen weltlichen Staates von der badischen Regierung empfunden und im Auge behalten wird.

Galleulaja! Nun können die nationalliberalen Philister wieder ruhig schlafen, denn die „liberale“ Regierung wacht und behält die liberale Gefahr im Auge. Daß diese Regierung das einzige Mittel, durch welches die liberale Gefahr bisher gebannt werden konnte, a b l e h n t und verpöht, hat nichts weiter zu bedeuten. Die Hauptsache ist, daß die Regierung sich als „liberal“ bekennt.

Man greift sich an den Kopf und fragt sich, wie so etwas möglich ist. Wenn die nationalliberale Partei sich durch derlei Scheinmanöver wie das „liberale“ Bekenntnis des Herrn v. Bodman beruhigen läßt, so mag sie das tun, sie beweist damit nur, daß sie aus der politischen Geschichte Badens in den letzten Jahren nichts gelernt hat. Wir lassen uns durch solche Sprüche in unserm Urteil über den „Liberalismus“ der Regierung nicht irritieren, denn es gibt in der Politik nichts Gefährlicheres, als die Selbsttäuschung. Der „Liberalismus“ des Herrn v. Bodman kann uns gestohlen werden.

Also deshalb.

Die Nationalliberalen sind in der Frage der Münchener Geandtschaft umgefallen. Bei der Beratung der diesbezüglichen Position in der Budgetkommission haben sie Gründe dafür nicht vorgebracht. Nach den Darlegungen des Staatsministers hätte man im Gegenteil annehmen sollen, daß die Nationalliberalen bei ihrer auf dem letzten Landtag eingenommenen Stellung verbarren, denn Herr v. Dusch selbst mußte zugeben, daß

die Münchener Geandtschaft keine absolute Notwendigkeit sei. Die nationalliberale Presse mußte zunächst auch gar nicht, wie sie den Umfall der nationalliberalen Fraktion rechtfertigen soll; sie tröstete sich damit, daß Herr Rebm an im Plenum der Kammer den Umfall rechtfertigen werde.

Nun kommt die „Straß. Post“ und begründet, warum die Nationalliberalen wieder die Mittel für die hiesige Einreise der Münchener Geandtschaft bewilligen. Man höre und staune: Die Nationalliberalen wollen damit ihre Unabhängigkeit von der Sozialdemokratie beweisen und ihre bisherige Großblodpolitik einer Revision im Sinne einer Annäherung an die Regierung unterziehen. Und das in dem Augenblick, wo die Regierung ihnen einen Fußtritt verabfolgt. Das ist wieder einmal echt nationalliberal. Uns kanns recht sein. Es blamiert sich jeder so gut er kann und die Nationalliberalen haben sich noch selten so blamiert, wie mit diesem Umfall und seiner famosen Begründung. Sie werden damit weder bei der Regierung, noch beim Zentrum Gnade finden, ganz im Gegenteil. Von der Regierung haben sie bereits die Quittung erhalten und das Zentrum macht sich über den dokumentarischen Beweis der nationalliberalen Unabhängigkeit nur lustig. Im Lande draußen wird man für eine derartige lächerliche Bückelpolitik kein Verständnis haben und das mit Recht. Eine derartige jämmerliche Opportunitätspolitik verfällt dem Fluche der Lächerlichkeit.

In der Frage der Münchener Geandtschaft gibt es nur ein entweder — oder. Entweder ist sie notwendig, dann dürfen die Nationalliberalen vor zwei Jahren die Mittel dafür nicht verweigern, oder sie ist überflüssig, dann dürfen sie auch diesmal diese Mittel nicht bewilligen. Die Haltung der Nationalliberalen in dieser Frage ist eine groteske Komödie.

Eine bedenkliche Schmeichelei.

Die Freundschaft des Zentrums mit den Konserwativen in Baden nimmt allmählich so innige Formen an, die befürchten lassen, die Intimität wird zu groß für ein menschliches Gemüt, so daß die ganze Freundschaft leicht ins Gegenteil umschlagen kann. Sehr stark taucht diese Gefahr auf, wenn man z. B. im „Badischen Beobachter“ über die Ausführungen des konserwativen Abg. Hertle im Landtag folgenden Hymnus liest:

„Sehr gewandt rednete der Abg. Hertle (Rechtsl. Ber.) mit den Großblodangriffen ab. Es war eine Freude zuzuhören, mit welcher Sicherheit und Schlagfertigkeit sich der Redner an dem ihm doch noch neuen parlamentarischen Parkett bewegte.“

Vergleicht man dagegen den tatsächlichen Eindruck der im Interesse des Herrn Hertle besser, nicht weiter charakterisierten Rede mit obigen Lobeserhebungen, so sind nur zwei Dinge möglich: Entweder leidet der Verfasser dieser Glogen an einer sehr bedenklichen Schwachsinnigkeit und Urteilsverwirrung, oder aber er wollte Herrn Hertle ironisieren — was der „Badische Beobachter“ in Anbetracht der guten Beziehungen zwischen Zentrum und Konserwativen in der Folge doch besser unterlassen sollte.

Ernst Hädel „längst abgetan“.

„In der gelehrten Welt ist Hädel als Forscher längst abgetan.“ Wer das nicht glaubt, braucht nur den „Freiburger Boten“ vom 6. d. M. zu lesen, wo es schwarz auf weiß zu lesen ist. Zum bevorstehenden 80. Geburtstag des berühmten Naturforschers am 16. d. M. bringt dieses Blatt nämlich einen Artikel mit Bild, in dem es am Schluß heißt:

„In der gelehrten Welt ist Hädel als Forscher längst abgetan. (Denkert, Die Wahrheit über Ernst Hädel; H. Schmidt, Der Kampf um die Weltträsel.) Nur noch bei den Halbgebildeten, die im Liberalismus und in der Sozialdemokratie Wort und Feder führen, hat Hädel „gutmäßige“ Anhänger.“

So, jetzt wissen wirs und Hädel auch. Als Ersatz für den „längst abgetanen“ Forscher Hädel hat die „gelehrte Welt“ des Zentrums zum Glück den bekannten Hüllendorfer Professor Bauh in Münster. Es ist gut, daß die Geburtstagsartikel des Zentrums über Hädel in die Fastnacht fallen. Es geht da in einem hin.

Zur Abwehr.

Zell a. S., 6. Febr. Da der Wahlkampf für den 7. Kreis eine Entscheidung nicht gebracht hatte, sehen die schwarzen Kalisenschieber ihre ganze Hoffnung auf eine Umstimmung der sozialdemokratischen Wählererschaft. Einige hiesige Zentrumsangehörigen streuen zu diesem Zweck gegen die Verwaltung des sozialdemokratischen Vereins Zell die niederträchtigsten und gemeinsten Lügen aus. So wird von einem Herrn St. in der hiesigen Steingutfabrik kolportiert, daß die Verwaltung in finanzielle Schwierigkeiten geraten sei, worauf ein Verwaltungsmitglied entlassen worden sein soll. Als ich Herrn St. wegen seiner Ausperungen zur Rede stellte, bestätigte er mir, das selbige gesagt zu haben. Auf die Frage, woher er seine Informationen habe, nannte er mir einen Herrn Welz aus gleichem Betriebe, ebenfalls ein Zentrumsmann. Derselbe soll in früheren Jahren beim „Badischen Beobachter“ tätig gewesen sein. Als ich auch Herrn St. zur Rede stellte, behauptete derselbe, dem Herrn St. nichts in dieser Hinsicht mitgeteilt zu haben.

Sei dem nun wie ihm wolle. Jedenfalls können wir konstatieren, daß es sich hier um eine Verleumdung handelt. Unsere Verwaltung ist gut zusammengekehrt, die bereits über 5 Jahre an der Spitze der Mitgliedschaft steht und alles mit peinlicher Genauigkeit geregelt hat. Auch sind in unserm Kalisensverein noch niemals Unregelmäßigkeiten vorgekommen, was eventuell in unseren Protokollen über die Monatsversammlungen, in welchen unser Revisor betreffs der Kasse drückte, nachgewiesen werden kann. Offenbar hat die schwarze Gesellschaft die Absicht, uns Prügel zwischen die Beine zu werfen, um unsere Anhänger und Mitglieder zu verstimmen, damit dieselben kein Vertrauen mehr zu uns haben sollen und bei der Stichwahl zum Zentrum abswandern. Sie werden sich hierbei aber gründlich verrechnen. Sollten uns erneut derartige Verleumdungen zu Ohren kommen, so werden wir andere Maßregeln ergreifen.

Ferdinand Harter, Vorstand des sozialdem. Vereins.

Jugendbewegung.

Reichsverband und Jugendbewegung.

Die sozialdemokratische Jugendbewegung war dem Reichsverbandsgeneral Liebert wichtig genug, mitten aus dem Wahlkampf im 14. sächsischen Kreis wegzulaufen und

eine Versammlung selbst zu leiten, die am Dienstagabend im Künstlerhause in Berlin stattfand. Der Kavallerie-General, Frhr. v. Biffing, der bekannte Revolutionsstrateg, der seinerzeit einen Plan zur Niederwerfung des Volks in etwaigen Straßenkämpfen ausarbeitete, hielt einen Vortrag über den Einfluß der sozialdemokratischen Organisation auf die Erziehung der Jugend. Vortrag, Diskussion, die Einleitungs- und Schlußreden des General Liebert waren durchaus pessimistisch gestimmt. Seit den „unglücklichen Wahlen“ von 1912 wäre die Lage geradezu trostlos. Die kleinen Erfolge der bürgerlichen Jugendbewegung seien auch durchaus unbefriedigend. Man wolle auf die Jugend der armen Leute einwirken und sie zur Zufriedenheit „ertüchtigen“, und gerade an diese Jugend komme man nicht heran. Die Zentralstelle für die arbeitende Jugend und das Blatt der sozialdemokratischen Jugend leistete gegenüber der bürgerlichen Jugendagitation Vorzügliches. So bliebe nichts übrig, als auf den Zusammenschluß der bürgerlichen Jugendbewegung hinzuwirken und dafür zu sorgen, daß unter keinen Umständen der § 17 des Reichsvereinsgesetzes falle, denn nur mit dieser gesetzlichen Einrichtung könne man die sozialdemokratische Jugendbewegung niederhalten. Trostlos wie die ganze Stimmung dieser reichsverbändlerischen Versammlung war, ging man auch auseinander.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 7. Februar.

Am Bundesratstisch Staatssekretär v. Delbrück. Präsident Dr. Kämpf eröffnet um 12,15 Uhr die Sitzung. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats des Reichsamts des Innern. Die Beratung beginnt beim Titel „Ausführung des Kaligesezes“. Die Kommission (als Berichterstatter fungierte der Abg. von Graefe-Gülfrow (son.)) hat sich bei Beratung des Artikels größte Beschränkung auferlegt, da demnächst eine Novelle zum Kaligesez vorgelegt wird. Im besonderen hat die Kommission folgende Änderungen an der Regierungsvorlage beschlossen: Der Reichszuschuß für die Propagandazwecke im Ausland soll um 200 000 M. auf 2 Millionen erhöht werden und zwar zur Förderung des feldmäßigen Gemüßbauens. Der Zuschuß für die Propaganda im Ausland soll um 900 000 M. und der Zuschuß zu den Kosten für Unternehmungen und Analysen um 60 000 M. erhöht werden. Ferner hat die Kommission einen Zusatz eingefügt, an das Kalisindikat für Ausstellungen und Propagandazwecke anlässlich der Weltausstellung in San Francisco 500 000 M. zu bewilligen. Da diese Position jedoch wegen der Nichtbeteiligung des Reiches an der Weltausstellung in San Francisco hinfällig wird, so beantragen die Abgeordneten v. Graefe (son.), Erzberger (Zentr.) und Wärmel (Natl.) die Streichung und die Summe von 500 000 M. mitzuverwenden für Propagandazwecke im Ausland, jedoch dieser Titel um 1 400 000 M. erhöht werden soll. In der Diskussion erhält das Wort

Abg. Sachse (Soz.):

Die Kalinobelle ist uns zu Beginn dieser Session angekündigt worden, und es ist bedauerlich, daß sich die Einbringung der Vorlage so verzögert hat. Was ist der Grund der Verzögerung? Wir wissen, daß die Syndikatsherren mit aller Macht dagegen arbeiten. Sind die Herren so mächtig, daß die Regierung die Novelle bis jetzt nicht einbringen durfte? Auch wir halten eine neue Novelle für notwendig, denn die Werke haben sich rapid vermehrt. Bei der Einführung des Gesetzes bestanden 66 Werke, davon waren damals aber schon 40 überflüssig. Jetzt haben wir 167 Werke, die in Förderung sind, und es werden im laufenden Jahre vielleicht noch 40 förderfähig. Bei fast 100 Werken ist man im Ausbau. Das ist doch ein Beweis, daß wir uns in einem großen Dilemma befinden. Die Regierung hat selbst zugegeben, daß ein Fünftel der Werke ausreichen würde, um den Bedarf zu decken. Einige Großkaliverke könnten den ganzen Bedarf decken. Hier werden Kräfte und Kapitalien direkt verschwendet. Nun sind neue Kalientbedungen gemacht worden, so in Baden und man will dieses Kali abbauen. Aber auch im Auslande sind Entdeckungen gemacht worden, so in Spanien. Und es ist doch merkwürdig, daß das Kalisindikat dort schon Mutungen vorgenommen hat. Es ist nun bekannt geworden, daß eine Sperre bis 1919 erfolgen soll, aber man ist darüber nicht einige geworden. Es ist auch gesagt worden, es sollten einige Werke stillgelegt werden. Das wird wohl auch in der Novelle bestimmt sein müssen, aber die Herren vom Kalisindikat wollen sich anscheinend um jede Entschädigung der Kommunen und der Arbeiter herumdrücken. Die Arbeiter müssen auch Umzugsgelder bekommen. Die Kalisindikatsherren sind selbst daran schuld, daß wir in diese Schwierigkeiten gekommen sind. Sie haben ein Wettlaufen veranstaltet. Die Beseitigung dieser Mißwirtschaft könnte nur durch Gesetze erfolgen. Den Herren vom Kalisindikat können wir sie nicht überlassen, denn dann würden wir den Bod zum Gärtner machen. Auch die Umgehungen des Kaligesezes sind aus Anhalt bekannt geworden und der Herzog von Gotha ist mit hineinverwickelt. Auch mehrere Bundesstaaten sind an Umgehungen des Gesetzes beteiligt gewesen. Ich muß sagen, es handelt sich nicht bloß um Umgehungen durch die Bundesstaaten, sondern um einen glatten Betrug. (Präsident Kämpf ruft den Redner wegen dieses Ausdrucks gegenüber den Bundesstaaten zur Ordnung.) Es wurden Scheinverträge geschlossen, damit die Bartezeit umgangen werde. In Kalisinteressenkreisen gehen auch Gerüchte um, daß mit Schmiegeln dabei gearbeitet worden ist, um die Nachaktionen durchzuführen. Wir müssen eben darauf hinwirken, daß keine neuen Werke mehr abgeteufelt werden. Früher hat die Regierung die Verstaatlichung der Kaliindustrie mit dem Hinweis auf die hohen Kosten abgewiesen. Seitdem sind die Kurse ganz beträchtlich gefallen. Das Reich hätte alle Veranlassung, zuzugreifen. Es fehlt noch immer an einer gesetzlichen Regelung der Schichtzeit im Kalibergbau. Die Verlängerung der Schichtdauer führt zu einer Vermehrung der Unfälle. Das neueste Unglück auf Zeche Achenbach legt aufs neue die Forderung nach Ausbau des Systems der Sicherheitsmänner nahe. Die übertriebene Produktion und Anlage von Kaliverken hat nur zu einer Verteuerung der Preise geführt, unter der auch die Landwirtschaft leidet. Die Kalisgaben sollten nicht in die Reichskassen fließen, sondern für die Propaganda und allgemeine Zwecke ausgegeben werden. Wenn wir den Absatz vermehren können, um die Stilllegung zu verhindern, sind wir gern bereit, die Mittel aus dem Meiersefonds bereitzustellen. Das Kalisindikat erhebt Beschwerden, daß die Landwirtschaftsgesellschaft die Gelder nicht richtig verwendet. Da müssen wir eine Nachprüfung verlangen. — Der Redner macht dann längere Ausführungen über die Lage der Arbeiterchaft auf den Kaliverken. Die Untersuchung der Endlaugen muß stattfinden. Die 100 000 M. sind dort angelegt. Am Schluß bitte ich noch einmal um recht baldige Fortlegung der Novelle. Unterstaatssekretär Richter: Der Vorredner hat einer Bundesregierung den Vorwurf des Betrugs gemacht. Der Präsident ist bereits dagegen eingeschritten; damit ist die Sache erledigt. In sachlicher Beziehung habe ich auf die Vorwürfe gegen die anhaltische Regierung zu erklären, daß sowohl diese als auch andere Regierungen auf Grund des § 12 des Kalige-

Aus dem Lande.

Nastatt.

Ortsrentenwahlen. Die schone Kampfesweise der christlich-nationalen bei der hiesigen Ortsrentenwahl wird durch folgende Handlung am besten beleuchtet. Das Nastatter Tageblatt und die Nastatter Zeitung brachten vorige Woche einen Artikel, in dem es hieß, von Seiten des Gewerkschaftsartikels seien Leute, deren Namen auf der christlich-nationalen Liste standen, durch allerlei Terrorismus, durch gewalttätiges Gebahren, mit häßlichen und niedrigen Mitteln zu bewegen versucht, sich von der genannten Liste streichen zu lassen. Trotzdem vom Gewerkschaftsartikels diese Aussagen widerlegt wurden, bringen die Gegner in ihrem neuesten Flugblatt die Behauptung wieder, dieses Gebahren sei geradezu gemein, denn die Person, um die sich diese ganze Angelegenheit dreht, hat selbst in einer von ihr unterschriebenen Erklärung an das Nastatter Tageblatt, sowie an die Nastatter Zeitung den ganzen Artikel als unwahr bezeichnet und folgende Erklärung abgegeben:

Erklärung! Die Person, welche ihre Unterschrift auf der christlich-nationalen Vorkandidatenliste zurückgezogen hat, erklärt hiermit öffentlich, daß die in der „Nastatter Zeitung“ und im „Nastatter Tageblatt“ auf sich beziehende Behauptungen un wahr sind.

1. Ich bin nie gedrückt und benachteiligt worden, auch ehe ich dem Verbands angehörte.
2. Ich bin freiwillig, ohne jede Aufforderung, dem Verbands beigetreten und bin nicht hineingepreßt worden.
3. Der Ausdruck, wenn ich meine Unterschrift nicht zurückgezogen hätte, da könnte ich es nicht aushalten, ist ebenfalls nicht wahr.
4. Ich hätte überhaupt meine Unterschrift nicht gegeben, wenn ich genau über die Liste und deren öffentliche Auflegung informiert worden wäre.
5. Ich arbeite auch nicht unter lauten Moten, denn von der Kolonne gehört meines Wissens nur einer der sozialdemokratischen Partei an.

Es ist eine große Niederträchtigkeit, wenn trotz dieser Erklärung das christlich-nationale Brüderpaar in seinem Flugblatt die gleiche Lüge dennoch wiederbringt. Das kennzeichnet so recht die niedere Kampfesweise dieser Leute, denn sie wissen genau, daß an dem, was sie geschrieben haben, kein wahres Wort ist. Es hieß den Lesern zu viel Ehre antun, wenn man zu solch einer Kampfesweise noch mehr schreiben würde.

Der Redaktion der Nastatter Zeitung sei gesagt, daß sie die Redaktion des „Volksfreund“ nicht zu beaucern braucht, weil diese die Antwort auf die Rüge der christlich-nationalen aufgenommen hat. Die Redaktion vom „Volksfreund“ besitzt so viel Charakter, daß sie Sachen, deren Unrichtigkeit sich herausstellt, richtig stellt. Von der Nastatter Zeitung kann man das nicht behaupten; hätte sie so viel journalistisches Anstandsgefühl aufgebracht und die Erklärung ebenfalls aufgenommen.

Wähler der Krankenkasse, agiert mit allen Kräften, stellt überall die von Verleumdung triefende Kampfesweise der christlich-nationalen ins rechte Licht. Tut ihr das, so könnt ihr sicher sein, daß die Liste 1, die mit dem Namen Fütterer Rudolf beginnt, einen schönen Sieg erringt. Jeder christliche Arbeiter muß sich sagen: Leute, welche mit solchen Mitteln wie die christlich-nationalen einen Kampf führen, können niemals die richtigen Vertreter eines für die Arbeiterchaft so überaus wichtigen Instituts sein. Also auf zum Kampf, zum ehrlichen Kampf und zum Sieg.

Offenburg.

L. Schon wieder eine Bürgerauschüttung. Der Bürgerauschuss ist auf Freitag, 13. d. M., zu einer Sitzung, in der die in der letzten Sitzung zurückgegebene Position betr. Anstellung eines Materialverwalters und Dienstvertrag mit dem vom Stadtrat bestimmten Kandidaten zur Beratung stehen. Die in der letzten Sitzung eingesezte Kommission zur Prüfung der Sache hat seitdem außerordentlich rasch gearbeitet. Eine solche Tätigkeit ist man sonst nicht gewohnt.

Mannheim, 6. Febr. Ein 26 Jahre alter Fabrikarbeiter feuerte in seiner in der Dreißigstraße gelegenen Wohnung nach häuslichen Zwistigkeiten einen Revolvererschuss auf seine Ehefrau ab, ohne sie jedoch zu treffen. Die Frau stürzte in die Wohnung von Verwandten; den Täter fand man heute nacht um 2 Uhr betwunglos auf dem Gehweg in der Dreißigstraße. Er wurde ins Krankenhaus gebracht.

Mannheim, 6. Febr. Gestern abend wurde auf der Breitenstraße ein lediger Mann unter dem Verdacht des Wädchenshandelns festgenommen. Er gab sich aus als lediger Photograph, soll aber, wie man hört, ein Pfarrer aus der Pfalz sein.

Schriesheim, 6. Febr. Zu dem am vorigen Samstag im hiesigen Steinbruch begangenen Diebstahl von 3000 M. berichtet das „Reichsland Tageblatt“, daß der Täter ein Arbeiter namens Stephan ist, der kurze Zeit vorher noch im Druck beschäftigt war, in welchen der Betrag zum Auszahlen der Arbeiter mit dem Hohlwagen ankommt. So verbrachte er sich denn am Samstag zwischen dem alten und neuen Steinbruch, wo das Drahtseil sehr niedrig gespannt ist, und erwartete den Hohlwagen mit dem Gelde. Als dieser nun kurz vor 6 Uhr nachmittags diese Stelle passierte, entnahm ihm Stephan die Kasse und stichtete damit über das Gebirge. Gestern gelang es der Polizei, den Flüchtling in Könnig (Oeffen) zu verhaften, aber ohne die entwendeten 3000 M.

Laurenzkirch, 6. Febr. Gestern morgen gegen 4 Uhr brach auf dem bekannten an der Straße zwischen Schlingen und Ebringen liegenden Hofgut Kaltenherberge Feuer aus, dem die Anlagen „Wolfsheime“ zum Opfer fiel. Der Schaden betrug etwa 200 000 M. und ist durch Versicherung gedeckt. Man bemerkt Brandstiftung.

Werrä, 6. Febr. Während der Arbeit in einem Hause in Launanne stürzte der 23 Jahre alte Malergehilfe Trösch vom Gerüst in einen Keller und wurde so schwer verletzt, daß er bald darauf starb.

Neues vom Tage.

Der berühmte Leutnant.

Sabern, 7. Febr. Leutnant v. Forstner weckte heute vorübergehend in der Stadt. Vermutlich um die durch seinen Wegzug nach Bromberg veranlaßten Angelegenheiten zu ordnen. Als er gegen Mittag, gerade um die Zeit, als die Geschäfte und Fabriken schloßen, die Hohlbergstraße, begleitet von zwei Kameraden, passierte, schloß sich sofort ein Hausen von 50 Kindern an, aus deren Mitte wohl auch Rufe gehört wurden. Generalarmerie war alsbald zur Stelle und verhinderte Ausschreitungen.

Unglücksfall.

Wiesen, 7. Febr. In dem Dampfagewerk von Brömmelstein in Lauterbach fand gestern nachmittag der Arbeiter Martin einen eigenartigen Tod. Er fiel in einen trichterförmigen Rosten, der mit Sägemehl angefüllt war und wurde durch das nachströmende Sägemehl verschüttet. Eine Hilfe zur Stelle war, erlitt der Mann.

Bestätigtes Todesurteil.

Teipsig, 6. Febr. Das Reichsgericht hat heute die Revision

der Landwirtswitwe Kochs aus Blaustein und des Arbeiters Martin Steeger aus Weggendorf verworfen, die vom Schwurgericht Aachen zum Tode verurteilt wurden, weil sie gemeinschaftlich im Juli 1913 den Landwirt Kochs, den Ehemann der Angeklagten Kochs, erschossen haben.

Selbstmord in der Kaserne.

Regensburg, 6. Febr. In der Kaserne des hiesigen 2. Chevauleger-Regiments hat sich gestern abend ein Soldat erhängt. Es ist dies bei dem Regiment seit kurzer Zeit der dritte Selbstmord.

Mutter und zwei Söhne zum Tode verurteilt.

Madrid, 8. Febr. Das Schwurgericht von Pontevedra verurteilte gestern eine ganze Familie, Mutter und zwei Söhne, zum Tode. Die Frau hatte mit Hilfe ihrer beiden erwachsenen Söhne ihren Mann im Schlafe getötet.

Massenbegräbnisse.

Moskau, 7. Febr. Der Geschäftsdienst des Versicherungsbureaus Schinn fand gestern, als er die Bureauräume der Gesellschaft betrat, 41 Angelegte auf dem Fußboden liegend vor. Er öffnete sofort alle Türen und Fenster und rief Hilfe herbei. Während sechs Personen bereits gestorben sind, befinden sich die übrigen in Lebensgefahr. Die Untersuchung ergab, daß infolge Platzens eines Ofenrohrs in sehr kurzer Zeit eine Menge giftigen Kohlenoxids in die Bureaus geströmt war.

500 Fischer gerettet.

Gefingsfors, 6. Febr. Der Eisbrecher „Tarus“ ist bei der Insel Sezar eingetroffen und hat 500 Fischer mit ihren Familien und Geräten aufgenommen, die auf einer Eishölle dorthin getrieben worden waren.

Benzinexplosion.

Chicago, 7. Febr. Eine folgenschwere Benzinexplosion ereignete sich in einer Benzinfabrik in Manchester in Kentucky. Das Feuer nahm einen betächtigen Umfang an, daß in kurzer Zeit die Fabrik selbst und 18 benachbarte Häuser vollständig niederbrannten. Den meisten Arbeitern gelang es, sich rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. Sechs Arbeiter wurden getötet und fünfzehn schwer verletzt.

Wegen unzulässiger Wettbewerb verurteilt.

Newyork, 7. Febr. 13 Direktoren des Geflügeltruffs wurden wegen unzulässigen Wettbewerbs gegen die Konturrenz zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Ein Rasafel für 3 Millionen Mark.

Newyork, 7. Febr. Die Heilige Madonna, ein kleines Gemälde von Rafael, das unter dem Namen Comper-Madonna bekannt ist, weil es früher zur Sammlung des Grafen Comper in London gehörte, ist für den exorbitanten Preis von 3 Millionen Mark in den Besitz eines Herrn Widener übergegangen. Es ist dies der höchste Preis, der in den Vereinigten Staaten je für ein Gemälde von Rafael bezahlt worden ist.

Ein Leichenbegängnis, das den Verkehr hindert.

Newyork, 7. Febr. Gestern fand hier das Leichenbegängnis des Bekannten und populären jüdischen Schauspielers Mogulesko statt, an dem über 30 000 jüdische Einwohner Newyorks und insgesamt 60-70 000 Personen teilnahmen. Es kam hierbei zu wilden Schredensszenen, da die Polizei unfähig war, den Verkehr aufrecht zu erhalten und eine Kontrolle über die Massen auszuüben. Die Polizisten waren gezwungen, von ihren Ämtern Gebrauch zu machen, jedoch viele Personen verletzt wurden. Viele Frauen wurden ohnmächtig und in der allgemeinen Panik von der Menge rücksichtslos niedergedrückt.

Kaplan Schmidt zum Tod verurteilt.

Newyork, 6. Febr. Kaplan Schmidt wurde im zweiten Prozeß gegen ihn des Mordes im ersten Grade für schuldig befunden, worauf der Tod steht.

Aus der Stadt.

Karlruhe, 9. Februar.

Christliche Sprüche.

Vom Deutschen Transportarbeiterverband wird uns geschrieben:

Einem Einsender im „Bad. Beobachter“ vom 5. d. M. paßt der Artikel des „Volksfreund“ über den Ausfall der Wahlen für die Straßenbahner nicht. Befanntlich sind bei dieser Wahl die Unterbeamtenvereiner und die Christen zusammengegangen und der „Erfolg“ war, daß die Liste des freien Verbandes 108 Stimmen, vier Vertreter, und die der Schwarzgelben 66 Stimmen, zwei Vertreter erhielt. Bei der vorjährigen Wahl brachte die Liste der Schwarzgelben noch 67 Stimmen auf, und trotzdem diesmal etwa 30 neue Wähler dazu kamen, erhielten sie eine Stimme weniger. Das nennen nun die Leute einen Erfolg, und sie schreiben, daß dieses Resultat den „Volksfreund“ in „Garnisch“ gebracht habe und darum schimpfe er, was er eben könne. Dabei kommt es dem „Volksfreund“ auf einige Umwahrheiten nicht an. Die Behauptung von den „Schwarzgelben“ Straßenbahner sei reine Erfindung. Der „Volksfreund“ hat nicht die geringste Veranlassung, über den Wahlausfall zu schimpfen, das überläßt er den Schwarzgelben. Seitens der Unterbeamtenvereiner wurden vor der Wahl auf 85 bis 90 Stimmen und von den Schwarzgelben auf 40 Stimmen gerechnet. Anstatt 125 bis 130 Stimmen haben die Leute nun 66 Stimmen aufgebracht. Und da sollte der „Volksfreund“ unwillig sein?

Daß im Unterbeamtenverein zersahrene Zustände bestehen, wie der christliche Artikelschreiber behauptet, das ist auch uns längst bekannt, und wenn der Schreiber sich einbildet, das Vorantreten der „christlich nationalen“ Gewinnung habe dem Wahlvorschlag eine besondere Zugkraft gegeben, so wollen wir ihn auch hierin in seinem Wahnsinn nicht stören, er kann dies mit seinen gelben Wiedern ausmachen. Das Schimpfen des „Volksfreund“ beweist die Nichtigkeit dessen, was geschrieben ist, schreibt der „Bad. Beobachter“ mit tiefergründiger Weisheit, nun gelte es, auf der geschaffenen Grundlage weiter zu arbeiten und sich eine „unabhängige“ (?) Organisation unter Anschluß an die christlich-nationalen Arbeitervereine zu schaffen. Hier liegt also der Hase im Pfeffer! Mit gewohnter christlicher Heuchelei schreibt der Einsender, daß in dieser christlich-nationalen Ständesorganisation jeder seiner politischen Partei angehören könne, aber im gleichen Atemzug wird gesagt, daß es höchste Zeit zu energischem Handeln sei, wollen die „nichtsozialdemokratischen“ Straßenbahner nicht in das Hintertreffen kommen. Diese Leute haben zu allerletzt das Recht, vom Zwang etc. zu schreiben, denn gerade ihre Organisation hat eine ganze Anzahl Zwangsmitglieder, die zwar dem Schein nach Mitglied, mit den Bestrebungen der Schwarzgelben aber in keiner Weise einverstanden sind. Deshalb wählten sie die Liste des Verbandes. Sie nun unbedingt als Sozialdemokraten hinzustellen, ist für die Betreffenden zwar durchaus keine Schande, von den Schwarzgelben Drahtziehern

aber eine Niederträchtigkeit. Ohne Denunziation können diese Leute eben nicht auskommen! Wie bei den politischen Wahlen, so zeigt es sich auch hier. Dem Vertrauensmann des Verbandes, den man im „Bad. Beobachter“ mit vollem Namen nennt, wirft man vor, er habe sich eine Beschimpfung der „nichtsozialdemokratischen“ Straßenbahner erlaubt, und sein Auftreten müsse den übrigen Straßenbahner Veranlassung geben, nunmehr energisch an die Schaffung einer selbständigen (?) unabhängigen Straßenbahnerorganisation heranzutreten. Wenn wir die „Christen“ von einer selbständigen und unabhängigen Organisation reden hören, dann brauchen wir nur an den Papst in Rom, den Bischof Kopp in Breslau und an die anderen Herren vom Klerus zu denken, die den christlich-nationalen Organisationen, an die sich die Karlruher Straßenbahner „anlehnen“ sollen, so schöne Beweise von der „Selbständigkeit“, mit dem Strid um dem Hals, gegeben haben.

Bis jetzt war es den Christen trotz aller Anstrengungen nicht möglich, irgendwelche Erfolge zu erzielen ihre Mitglieder unter den Straßenbahner lassen sich an den Fingern einer Hand abzählen. Auch mit Denunziationen werden diese Herren nicht vordrückt kommen, denn die Karlruher Straßenbahner wissen genau wo ihre Freunde sind, und wo diejenigen sitzen, welche sie um ein Amsengericht verkaufen würden. Deshalb schließen sich die vernünftig denkenden Straßenbahner in Karlruhe dem Deutschen Transportarbeiterverband, Sektion Straßenbahner und nicht einer dunkelhaften Gesellschaft an. Mag der „Beobachter“ noch so viele Hilfe erlassen lassen. Die Schwarzgelben geben selbst zu, daß die selben nur „lähmend“ auf die Bewegung wirken und von den Ersteren wissen wir, daß sie als Organisation nicht nur in Karlruhe, sondern im ganzen Reiche auch nicht die mindeste Bedeutung haben.

Straßenbahn nach Welsch- und Teutsch-Neurent.

Der lang gehegte Wunsch unserer Nachbarn soll nun endlich Wirklichkeit werden. Wie der letzte Stadtratsbericht meldet, reichte das Straßenbahnamt einen Vorschlag für die Erbauung einer elektrischen Straßenbahn nach Welsch- und Teutsch-Neurent beim Stadtrat ein. Die Linie soll in Teutsch-Neurent beim Gutsbau zum „Waldhorn“ beginnen, die Hauptstraße des letzteren Ortes durchziehen, durch die alte Bahnhofstraße nach dem neuen Bahnhof Neurent abbiegen, diesen berühren und dann längs der neuen Staatsbahn in südwestlicher Richtung nach dem „Kammweg“ (Fortsetzung der Teutsch-Neurenter Allee), diesem entlang bis zum Bahnhof der alten Weinbahnlinie und auf diesem bis zur Kollistecke führen, um dort in die bestehende Straßenbahnlinie einzumünden. Die Linie soll einseitig mit Ausweichen angelegt werden. Wagenfolge wochentags 40 Minuten, Sonn- und Feiertags bei Bedarf 20 Minuten. Zur Beförderung von Arbeitern soll die Wagenfolge früh morgens und abends durch Einbahnwagen verbietet, nach Bedarf sollen auch Anhängewagen geführt werden. Die Fahrzeit vom Ausgangspunkt der Linie bis in das Stadtimner ist auf 34 Minuten berechnet, wobei angenommen ist, daß die Wagen bis zum Schloßhof durchgeführt werden. Die Baukosten einschließlich der Kosten des Wagenparks sind auf 863 000 M. veranschlagt, die jährlichen Betriebsausgaben auf 62 100 M., die Kosten für Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitals auf 26 600 M., sodas jährlich 78 800 M. aufzubringen wären.

Hierbei ist vorausgesetzt, daß die Geländekosten von den Gemeinden Welsch- und Teutsch-Neurent übernommen werden. Eine Fahrt von Neurent nach dem Mühlburger Tor soll 15 Pf. kosten, eine Fahrt von Neurent über das Mühlburger Tor hinaus (bis zu 3 Teilstrecken) 20 Pf., eine Fahrt nach dem Stadtimner über 3 Teilstrecken hinaus 25 Pf. Wenn die Bahn von Neurent bis Eggenstein verlängert würde, entstände ein weiterer Bauaufwand von 180 000 M., während der Betriebsaufwand auf jährlich 103 700 M. steigen würde. Das Straßenbahnamt hält aber die Verlängerung für unwirtschaftlich. Der Stadtrat beschloß, nunmehr mit den Gemeinden Teutsch-Neurent und Welsch-Neurent über den Abschluß der erforderlichen Verträge zu verhandeln. Das Straßenbahnamt wurde weiter ersucht, ein genaues Projekt nebst Kostenaufschlägen für die Bahn aufzustellen, damit dem Bürgerauschuss Vorlage wegen Bewilligung der Mittel erstattet werden kann, sobald die Verhandlungen mit den Gemeinden, der Generalintendant der Großherzoglichen Privatbahn und der Generaldirektion der Großh. Staatsbahn zum Abschluß gebracht sind.

Der Vortrag über Geschichte des Sozialismus, der heute Abend fällig wäre, fällt mit Rücksicht auf den Bildbortrags der Naturfreunde aus.

Keine Umlagerhöhung. Die vom Oberbürgermeister in einer früheren Bürgerauschüttung gemachte Mitteilung, daß wahrscheinlich eine Erhöhung der Umlage für das Jahr 1914 eintreten würde, bestätigt sich, wie dem „Bad. Landesbote“ berichtet wird, erfreulicherweise nicht. Der Vorschlag für 1914 schließt so günstig ab, daß von der Erhöhung der Umlage abgesehen werden kann. Hauptächlich wird der günstige Abschluß für das Jahr 1913 auf die gute Entwicklung der Straßenbahn zurückgeführt, deren Einnahmen wiederum gestiegen sind.

Eine Versammlung gegen die Warenhäuser. Der Radfahrerverein und die Vereinigung der Detailisten Karlruhs hatten auf Freitag abend in den „Friedrichshof“ eine öffentliche Versammlung einberufen, in der Herr Generalsekretär Heinrich Vehtzie aus Hannover einen Vortrag hielt über das Thema: „Die Warenhäuser als eine öffentliche Gefahr“. Wir entnehmen seinen Ausführungen folgendes: Die „gute alte Zeit“ sei nicht so gut gewesen, wie sie gemeinlich geschildert werde. Das Volk sei heute bedeutend besser gestellt wie früher. Aber man sei kein Reaktionsär, wenn man das wirklich Gute aus der früheren Zeit erhalten wissen wolle. Der Großkapitalismus ist eine Geißel unserer Zeit. Man muß die kolossale Organisationsfähigkeit der unteren niedergedrückten Klassen bewundern. Ein Ausfluß des Großkapitalismus ist auch das Warenhaus. Die Besitzer der Warenhäuser sind zweifellos Kaufleute, die es verstehen, auf die Volksmassen zu wirken. Es finden eine große Zahl tüchtiger Geschäftsleute heute nicht mehr ihre sichere Existenz, weil eine andere Geschäftsform sie überflügelt hat, ohne in Wirklichkeit leistungsfähiger zu sein. Daß die Warenhäuser jährlich große Posten Waren unter Einkaufspreis absetzen, kann nicht bestritten werden, aber sie lassen sich die auf diese Weise hineingestredten Summen bei anderen Waren wieder doppelt und dreifach vom Publikum herausbezahlen. In längeren Ausführungen sucht dann der Redner ein unreselles auf Täuschung des Publikums berechnetes Geschäftsgebahren der Warenhäuser nachzuweisen. Es müsse ein Appell an die Öffentlichkeit gerichtet werden, so schloß der Redner, mehr mit kritischem Blick in das Wesen der Dinge hineinzusehen. Die Ausführungen fanden lebhaften Beifall. In der anschließenden Diskussion ließ u. a. auch der konservative Abgeordnete Schöpffe sein Licht leuchten. Die Warenhäuser liegen sich leider nicht mehr befechtigen.

Städtische Festhalle Karlsruhe. Großer Saal.

Mittwoch den 11. Februar, abends 8 Uhr
Operetten-Abend.

Soll, Duette, Terzette und Ensemble-Szenen aus den beliebtesten und neuesten Operetten.
Mitwirkende: Die Damen: Gissi Schönberger, Elise Trauner, Elise Weibach; die Herren: Eugen Dietel und Mathias Meyers, vom Stadttheater Hanau a. M. (Direktion: Herr Adalbert Steffter).
Orchester: Die Kapelle des Bad. Leib- Grenadier-Regiments, Leitung: Herr Musikmeister Walter Bernhagen.
Dirigent der Gesangsnummern: Herr Kapellmeister Carl Weiskopf vom Stadttheater in Hanau a. M.
Regie: Herr Direktor Adalbert Steffter.

Programm.

- 1.) Orchester: „Gesunde Kasse“, Marsch a. d. Operette „Die kleine Freundin“ (Reul) D. Strauß
- 2.) Orchester: Ouvertüre zur Operette „Die Fieberschönheit“ J. Strauß
- 3.) Frl. Elise Trauner und Herr Eugen Dietel: Duett a. d. Operette: „Grigi“ (in Kostüm) Linke
- 4.) Frl. Elise Weibach u. Herr Mathias Meyers: „Das Schloßgeheimnis“, Duett a. d. Operette „Miß Dubellad“ (in Kostüm) Nelson
- 5.) Frl. Elise Weibach u. Herr Mathias Meyers: „O du my darling“, Duett a. d. Operette „Miß Dubellad“ in Kostüm Nelson
- 6.) Frl. Gissi Schönberger: Lied der Saffi a. d. Operette: „Der Rigeunerbaron“ (in Kostüm) Strauß
- 7.) Frl. Elise Trauner und Herr Eugen Dietel: „Puppen-Duett“ a. d. Gesangsposse „Puppen“ (in Kostüm) Gilbert
- 8.) Orchester: „Die kleine Freundin“, Walzer a. d. gleichnamigen Operette D. Strauß
- 9.) Herr Mathias Meyers: „In der Nacht, wenn die Liebe erwacht“, a. d. Operette „Die Sino-Königin“ Gilbert
- 10.) Frl. Elise Trauner und Herr Eugen Dietel: „Haben wir uns nicht schon mal kennen gelernt?“ Duett a. d. musikalischen Schwanz „Himmlischer Schwan“ (in Kostüm) Kollo
- 11.) Frl. Gissi Schönberger und Herr Mathias Meyers: „Das Lied vom Reiter“ a. d. Operette „Hohelitz tanzt Walzer“ (in Kostüm) Mäjer
- 12.) Orchester: „Ach Amalia!“ Tanzduett a. d. Operette „Die Sino-Königin“ J. Gilbert
- 13.) Frl. Elise Weibach u. Herr Mathias Meyers: Duett a. d. Operette „Ein Walzertraum“ (in Kostüm) Strauß
- 14.) Frl. Elise Trauner und Herr Eugen Dietel: „Untern Linden“, Marsch aus dem musikalischen Schwanz „Himmlischer Schwan“ (in Kostüm) Kollo
- 15.) Orchester: Potpourri a. d. Operette „Der fidele Bauer“ Fall
- 16.) Herr Mathias Meyers, die Damen Schönberger und Weibach: Terzett a. d. Operette: „Die geschiedene Frau“ Fall
- 17.) Frl. Elise Trauner und Herr Eugen Dietel: „Kind, ich schlafe so schlecht“, a. d. musikalischen Schwanz „Himmlischer Schwan“ (in Kostüm) Kollo
- 18.) Herr Mathias Meyers: Comploteinlage a. d. Operette „Die Schützenknie“ Eshler
- 19.) Herr Eugen Dietel und Frl. Elise Weibach: „Nun gehn wir garnicht erst ins Bett“, Duett aus der Gesangsposse „Puppen“ Gilbert
- 20.) Frl. Gissi Schönberger: Ausruflied der Prinzessin aus der Operette „Hohelitz tanzt Walzer“ Mäjer
- 21.) Orchester: Walzer a. d. Revue: „In 40 Tagen um die Welt“ J. Gilbert
- 22.) Frl. Gissi Schönberger und Herr Mathias Meyers: „Und der Himmel hängt voller Geigen“, aus der Operette „Der liebe Augustin“ Fall
- 23.) Frl. Elise Trauner und Herr Eugen Dietel: „Lebdu-Wär“, Tanzduett a. d. musikalischen Schwanz „Himmlischer Schwan“ (in Kostüm) Kollo
- 24.) Orchester: „Mit klingendem Spiel“, Marsch Translatour.

Veränderungen vorbehalten.

Nach den **Tanz-Unterhaltung** im Feinen Saal.

Musik: Die Leib-Grenadier-Kapelle.

Während des ganzen Abends **Wirtschaftsbetrieb** (Vierauschank).

Eintrittspreis: Abonnenten des Stadtparkens, Kartenbesitzer, Inhaber und sonstige Personen 1 Mark.
Kinder haben keinen Zutritt.

Kartenverkauf vom 7. Februar an bei den Hof-Musikalienhandlungen Fr. Doert, Kaiserstr. Nr. 150, Telef. Nr. 698, und Hugo Kunz, Inhaber Kurt Neufeldt, Kaiserstr. 114, Telef. Nr. 1850, den Musikalienhandlungen Fr. Müller, Kaiserstr. Passage Nr. 2, Telef. Nr. 1988, Franz Tafel, Kaiserstr. Nr. 82a, Telef. Nr. 1047 und Geschw. Moos, Internationaler Postkartenverlag, Kaiserstr. Nr. 96, Telef. Nr. 994, ferner im Alost des Verlehrs-Bereichs beim Hotel Germania und an der Schalterkasse des Stadtparkens.

Am Aufführungsabend (von 7 Uhr an) Kassen in den beiden Enden auf der West- und Ostseite der Festhalle.

Eingang zum Saal und zur oberen Galerie durch die Seiteneingänge.

Programms für die Aufführungen zu 10 Pf. an den Eingängen.
Schluss des Abends 1 Uhr.

Straßenbahnverbindung nach und von der Festhalle bis 1 Uhr nachts. 7078

Gesunde Nahrungsmittel

in tadelloser Ware
zu billigsten Preisen

empfehlen 6805

Reformhaus Kadner

Durlach, Amalienstr. 25.

Verlangen Sie Preisliste!

HERDE



in Email und schwarz lackiert, erstkl. Fabrikate. Billige Preise. Zeitgahlung gestattet. 6998
A. Schwinn, Steinstraße 25
Telef. 3573 am Adelsplatz.



echte Holländer
1/4 Pfd. 30 Pfg.



Gesucht

Herrschaffs-Köchinnen,
Mädchen die gut bürgerlich kochen können. 7182

Mädchen für alle Hausarbeit und zum Anlernen, Zimmermädchen für Wirtschaft und Küchenmädchen.

Stadt Arbeitsamt
(weibl. Arbeitsamt)
Bähringerstr. 100 Telefon 949.

Heute letzter Tag
zur Erneuerung der 2. Klasse **Preuß.-Süddeutschen Klassenlotterie** 7193
wozu ich einlade, außerdem sind noch Kauflose zu haben
1/8 1/4 1/2 3/4
10.- 20.- 40.- 80.- M.

Ludwig Götz
Großh. Bad. Lotteriefachhändler
Hebelstr. 11/15, 6. Rathaus.

Stubenvögel

haben fast alle Mitten, welche nicht nur lästig, sondern auch sehr gefährlich sind; sie verursachen das Ausfallen der Federn, Katarakte, Abnahme der Vögel usw. Die Folge ist, daß ein guter Sänger nicht mehr singt. Dieses ist zu beheben od. vorzubeugen, d. **Ersturvogelband** enthält 25 Pfg. Zu haben in den Drogerie- u. Samenhandlungen.
Engros: C. Prohmüller
Ind. J. Klasterer
Großh. Hofl. Karlsruhe
Erbsprinzenstr. 32. 6910

Pfänderversteigerung.

Am Mittwoch, 18. Febr. 1914, vorm. von 9 Uhr u. nachmittags von 2 Uhr an, findet im Versteigerungslokal des Leihhauses: Schwabenstr. 6, 2. Stock, die

öffentliche Versteigerung der verfallenen Pfänder Nr. 12282 bis mit Nr. 14596 gegen Barzahlung statt.
Das Versteigerungslokal wird 1/2 Stunde vor Versteigerungsbeginn geöffnet.

Die Kasse bleibt am Versteigerungstag sowie am Nachmittags des vorhergehenden Tages geschlossen. 7181

Karlsruhe, 9. Februar 1914.
Stadt. Pfandleihkasse.

Schluss der Weissen Woche

Montag den 9. Februar 7183

W. Boländer, Kaisersstraße 121.

Heute Montag

Schluss

der

Weissen Woche

Trotz der zum Teil

bedeutend reduzierten Preise

gewähren wir auf unser gesamtes Warenlager

Herren- und Knaben-Bekleidung

Doppelte Rabattmarken

oder **10%** in bar.

Spiegel & Wels.

7142

Ziehung garantiert am 18. Februar 1914
Karlsruher

Geld-Lotterie

2565 Geldgewinne in bar ohne Abzug Mark:

28000

Möglicher Höchstgewinn

15000

1 Prämie

10000

5000

Lose à 1 Mk., 11 Lose 10 Mk., Porto u. Liste haben bei 25 Pf. extra empfiehlt

Carl Götz Lotteriebanc, Karlsruhe, Hebelstr. 11/15.

Erstklass. gründl. Ausbildung erhalten junge Leute die

Chauffeur wird wollen in der Auto-Zentrale Wroblewski & Co. Osnaburg (Bad.) Stellennachweis gratis. 7178

Prima junges Pferde-Fleisch

sowie auch Wurstwaren zu haben bei 7176

W. Mangold, Mastatt, Pferdemetzgerei, Schifferstr. 5. 7159

Weisse Woche!

- Damenhemden 95.
- Damenhosen 90.
- Unterröcke 95.
- Kopfkissen 75.
- 130 cm breit. Damast 80.
- Damen-Blusen 95.
- Damen-Mäntel 4.00
- Kostümröcke 1.80
- Kostüme, weit unter Preis
- Abendmäntel 7.00
- Schöne Pelze 3.00

Wilhelmstr. 34, 10r.
Keine Ladenspeisen. 7043-5

Billige gebr. Möbel:

1. u. 2. für Schränke von 14 M. an, Sopha, neu bez. 24 M., Tischdivan, pol. neuer Tisch, Tisch u. Pfeilertommode von 18 M. an, 2 ber. neue Vertikow von 25 M. an, Küchenschrank 12 M., Tische, Stühle, Bilder von 2 M. an, schönes eis. Bett mit Matr. 15 M. Steinstraße 7, im Hof. 7192

W. Kellchenstr. 16, 4. St. I. ist ein möbl. Zimmer billig zu vermieten. 7159

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Karlsruhe.

Am Donnerstag, den 12. Februar, abends halb 9 Uhr in der „Gambriunshalle“, Erdringstr. 30

Vertrauensmänner-Verammlung.

Tagesordnung:

1. Die Vertragsbestimmungen zum 15. Februar 1914;
2. Bericht der Werkstattvertrauensmänner;
3. Vorschläge von Kandidaten zum Verbandstag.
4. Bericht edene Verbandsfragen.

Es braucht wohl nicht erst betont zu werden, daß jede Werkstatt vertreten sein muß.

Die Ortsverwaltung.

Bekanntmachung.

Die Erneuerungswahl der Mitglieder des Kaufmannsgerichts betr.
Gemäß § 22 Abs. 3 des Ortsstatuts über das Gewerbegericht, dessen Bestimmungen auf das Kaufmannsgericht entsprechende Anwendung finden, geben wir hiermit die eingereichten Vorschlagslisten für die am 18. d. M. stattfindende Erneuerungswahl der Mitglieder des Kaufmannsgerichts nach der Reihenfolge, in der sie bei uns eingekommen sind, öffentlich bekannt:

a. Für die Wahl der Mitglieder aus dem Stande der Arbeitgeber (Kaufleute):

- Vorschlagsliste der Handelskammer, der Vereinigung der Detailisten, des Kaufmännischen Vereins Karlsruhe und des Kaufmännischen Vereins „Merkur“ in Karlsruhe.
1. Braun Albert, Fabrikant
 2. Dietrich Rudolf Hugo, Kaufmann, Stadtverordneter
 3. Eichersheimer Albert, Fabrikant
 4. Eisch Martin, Kaufmann
 5. Eisinger Ludwig, Kaufmann
 6. Hoffmann Wilhelm, Bankdirektor
 7. Kiefer Friedrich, Kaufmann
 8. Lindenlaub Adolf, Kaufmann
 9. Roth Georg, Generalagent
 10. Prinz Max, Brauereibesitzer
 11. Rüb Paul, Fabrikant
 12. Stein Adolf, Kaufmann

b. Für die Wahl der Mitglieder aus dem Stande der Arbeitnehmer (Handlungsgehilfen):

- I. Vorschlagsliste der Ortsgruppe Karlsruhe des Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverbandes Hamburg (V. B.).
1. Bergmann Ludwig, Korrespondent bei der Brauereigesellschaft vorm. E. Moninger A.-G.
 2. Christ Friedrich, Versicherungsbeamter bei der Subdirektion des Allgemeinen Deutschen Versicherungsvereins A.-G.
 3. Sauter Emil, Geschäftsführer bei der Firma Billing u. Joller

- II. Vorschlagsliste der sozialen Arbeitsgemeinschaft kaufmännischer Verbände, Ortsausdruck Karlsruhe.
1. Hüllerbach Otto, Handl. Bevollmächtigter bei der Kreuzhandelsfirma
 2. Koch Max, Buchhalter bei der Firma Geschwister Knopf
 3. Schwab Georg, Expedient bei der Firma L. Ritgen.
 4. Müller Friedrich Gregor, Verkäufer bei der Firma Otto Fischer
 5. Edelmann Max, Buchhalter bei der Firma Franz Herrmann
 6. Kaufschild Bruno, Buchhalter bei der Firma Junker u. Rüb
 7. Friedrich Richard, Korrespondent bei der Firma A.-G. vorm. G. Sinner
 8. Pfeiffer Ernst, Disponent bei der Firma Adolf Wilfer
 9. Woegler Hermann, Geschäftsführer bei der Firma Gustav Woegler
 10. Kaltenmaier August, Buchhalter bei der Firma L. Schweifgut
 11. Weingärtner Jakob, Kassier bei der Firma Hannfuch u. Co.
 12. Schwarz Leopold, Prokurist bei der Firma L. J. Ettlinger

- III. Vorschlagsliste des Deutschen Bankbeamtenvereins e. V., Zweigverein Karlsruhe.
1. Knappschneider Adam, bei der Badischen Bank
 2. Beder Otto, bei der Badischen Bank
 3. Schaaf Wilhelm, bei der Badischen Bank
 4. Weiss Hans, bei der Rhein. Kreditbank
 5. Gottstein Gustav, bei der Badischen Bank
 6. Ranneburg Wilhelm, bei der Badischen Bank
 7. Förster Reinhard, bei der Südd. Diskonto-Gesellschaft
 8. Strittmatter Karl, bei der Firma Karl Götz
 9. Mangold Friedrich, bei der Firma Heinrich Müller
 10. Rühlinger Ludwig, bei der Rhein. Kreditbank
 11. Schöner Wilhelm, bei der Rhein. Kreditbank
 12. Chelius Ernst, bei der Badischen Bank.

- IV. Vorschlagsliste des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen.
1. Schneider Otto, Reisevertreter bei der Firma W. Schimmelpfeng
 2. Rippbach Gustav, Buchhalter bei der Firma Friedmann, Strauß u. Sommer
 3. Gehlich Samuel, Kaufmann bei der Firma Geschwister Knopf
 4. Leuch Vernhard, Kaufmann bei der Firma Hermann Lich
 5. Schenk Martin, Prokurist bei der Firma Ad. Plum Schöne
 6. Leicht Anton, Disponent bei der Firma Hermann Mehle
 7. Jörder Karl, Reisender bei der Firma Christian Raab
 8. Kammer Ludwig, Einkäufer bei der Firma Hermann Lich
 9. Krüger Gustav, Expedient bei der Firma Geß u. Cie.
 10. Weil Josef, Kaufmann bei der Firma Spiegel u. Weis
 11. Wächler Emil, Kaufmann bei der Firma Hermann Lich
 12. Hüber Adolf, Bureaugehilfe bei der Firma Geß u. Cie.

Karlsruhe, den 7. Februar 1914. 7180
Der Stadtrat.
Dr. Hoffmann

Letzter Tag meiner Weissen Woche.

| Bett-Damaste | | Leinen | | Hemden-Tuche | |
|---|------|---|------|---|----|
| Bett-Damaste, weiss, gute Qual. ca. 180 cm breit 1.35 1.10 95 | 75 | Halbleinen für Betttücher und Leibwäsche ca. 80/82 cm br. 95 70 | 55 | Hemdentuche, ca. 80 cm breit, breit. beste Qualität, 65 58 45 | 28 |
| Bett-Damaste, Macco, Seidenglanz 1.90 1.75 | 1.45 | Halbleinen, ca. 160 u. 150 cm br. 1.65 1.45 95 | 78 | Maccotuche, imit., ca. 82 cm breit Meter | 55 |
| Bett-Damaste, altgold und rot 1.65 1.45 | 1.25 | Reinleinen Rasenbleiche, ca. 82 cm breit 1.65 | 1.35 | Reine Maccotuche, ca. 82/84 cm breit, Mtr. 85 78 | 65 |
| Bett-Kattune, ca. 80 u. 100 cm breit 95 65 | 45 | Reinleinen Rasenbleiche, ca. 160 cm breit 2.75 | 2.45 | Bettuch-Cretonne, ca. 160 cm. Mtr. 1.25 1.10 | 95 |

6 Posten Damen-Hemden und -Beinkleider
nur Ia. Qualitäts-Stoffe mit Feston, Stickereien oder Spitzen etc.

Posten I 1 15 Posten II 1 40 Posten III 1 65 Posten IV 1 85 Posten V 2 25 Posten VI 2 65

Zur Konfirmation und Kommunion.

| Weisse Kleiderstoffe | | Schwarze Kleiderstoffe | | Stickerei-Stoffe | |
|--|------|---|------|---|-------|
| Cheviots, elfenbein 2.85 1.90 | 1.35 | Cheviots, schwarz gute Qualität 1.55 1.85 | 95 | Bestickte Mull und Batist 1.25 95 | 75 |
| Wollbatist, e'fenbein . . 2.25 | 1.25 | Kammgarnstoffe, schwarz vorzügl. Marken 2.75 2.45 | 1.25 | Schweizer Stickereistoffe besonders preiswert 2 25 1.75 | 1.35 |
| Popeline und Eolienne elfenbein 8.25 | 2.35 | Popeline und Eolienne schwarz 8.25 | 2.75 | Stickerei-Roben moderne Dessins 11.50 9.50 | 7.50 |
| Façones, elfenbein hübsche Dessins . . 2.85 | 1.75 | Mohairs, schwarz sehr elegant . . . 3.50 | 2.25 | Stickerei-Roben hochelegant 18.75 | 12.50 |

Aussteuerhaus

Landauer

Kaiserstr. Ecke Lammstr.

Waldstr. 16/18. **Colosseum.** Telephon 1938. Nur noch 7 Tage! 7190

Gastspiel der Exi-Bühne.
Montag den 9. Februar, abends 8 Uhr: Zum 1. Male! Sensationeller Erfolg! „Aus der Art geschlagen“, Volksstück in 4 Akten von Johannes Weinold. Dienstag den 10. Febr. abends 8 Uhr: „Der Lehrer von Seespitz.“ Volksstück in 4 Akten von Christian Plüggen. Mittwoch den 11. Februar, abends 8 Uhr: zum 3. Male! „Urchlagender Lacherfolg! „Der heilige Florian“. Satyrische Posse in 3 Akten von Max Neal und Ph. Weichand. Donnerstag den 12. Februar, abends 8 Uhr: Zum 1. Male! Sensationeller Erfolg! Novität für Karlsruhe! „Deutsche Bauern“. Ein aktuelles Lebensbild von der deutsch-italienischen Sprachgrenze in Tirol: 4 Akte mit Gesang und Tanz von Raimund Reichritter von Leon.

Im vielfachen irrigen Meinungen zu begegnen, teile ich dem geehrten Publikum mit, daß mein Vertrag bis 1. April 1915 besteht. 7199

Erklärung.
Herm. Wolff, Café Bauer.

Durlach.
Alkoholfreies Café-Restaurant
L. Meier, Lammstrasse 10. 6549

Während der sogenannten „Weissen Woche“ veranstalten die untenverzeichneten Mitglieder der **Vereinigung der Karlsruher Wäsche- u. Ausstattungsgeschäfte** einen

Großen Räumungs-Verkauf

und gewähren bei Barzahlung vom 2. Februar bis inkl. 9. Februar

10% Rabatt auf alle vorrätigen Lagerwaren

(die Mitglieder des Rabattspartvereins gewähren doppelte Rabattmarken).
Keine Auswahlendungen. Kein Umtausch.

- | | | |
|--|---|---|
| Otto Fischer Hoflieferant Kaiserstrasse 180 | Paul Roder Kaiserstrasse 186 | Carl Friedr. Treiber Waldstrasse 48 |
| Christ. Oertel u. Filiale Kaiserstrasse 101 Werderplatz 48 | Geschwister Baer Waldstrasse 49 | A. H. Rothschild Kaiserstrasse 167 |
| Himmelheber & Vier Kaiserstrasse 171 | Inhaber Louis Vier, Hoflief. | August Schulz Inhaber Ernst Finkeneller Herrenstrasse 24 |